

19/1999

Schallende Ohrfeige für Rot-Grün:

Union klarer Sieger bei der Europawahl

„Der außerordentliche Wahlsieg der Union bei der Europawahl mit 48,7 Prozent in Deutschland zeigt, daß die Union neues Vertrauen in unserem Land gewonnen hat,“ erklärte der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble am 14. Juni nach einer Sitzung der CDU-Führungsgremien in Bonn.

Dieses Wahlergebnis sei möglich geworden, weil die Union im Bundestag als Opposition eine klare, kontinuierliche Arbeit geleistet habe. Zudem habe die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eine konsequente Politik für den weiteren guten Fortgang der europäischen Einigung betrieben. In den gemeinsamen programmatischen Erklärungen hätten sich beide Unionsparteien für einen klaren Kurs der europäischen Einigung ausgesprochen und die Schaffung eines großen, starken, bürgernah organisierten Europa im Wahlkampf vertreten.

„Natürlich kann die geringe Wahlbeteiligung niemanden zufriedenstellen“, sagte Schäuble. Allerdings könne sich eine Regierung auch nicht völlig von der Frage befreien, was sie dazu beigetragen habe, daß die Wahlbeteiligung so gering sei. „Das Ergebnis der Union ist nicht einfach nur auf die niedrigere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der Tatsache, daß die Union in den meisten politischen Handlungsfeldern inzwischen wieder einen klaren Kompetenzvorsprung hat. Das Wahlergebnis begründet sich auch darauf, daß wir bei den Jungwählern, bei den Erstwählern und bei den Wählern von unter 30

HEUTE AKTUELL

● Europawahl

Christdemokraten stärkste Kraft im Europäischen Parlament. Seite 3

Die CDU hat von allen Parteien Wähler dazugewonnen. Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seite 4

Auch in NRW ist die CDU der große Sieger. Seite 8

● Kommunalwahlen

In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gewann die CDU auf breiter Basis und wird die stärkste Partei. Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

„Ausnahmsweise mal was Schönes in Rot-Grün.“ Seite 36

● Dokumentation

Die Wahlergebnisse der Europawahl vom 13. Juni 1999. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Grüner Teil

Jahren sensationelle Zuwachsraten im zweistelligen Bereich bis zu 13 % haben.“ Auch in den Neuen Bundesländern sei es der Union – mit Ausnahme von Brandenburg – gelungen, ganz klar die erste Position einzunehmen.

Unbestritten sei, daß die „desaströse Politik der Regierung Schröder, das Entsetzen und die Enttäuschung derjenigen, die Rot-Grün am 27. September gewählt haben, zu diesem Wahlergebnis beigetragen haben.“ Die Grünen seien mit einem „grün-roten Auge davongekommen“, weil sie von der glücklichen Entwicklung im Kosovo profitiert hätten. „Für das rot-grüne Lager insgesamt ist das Wahlergebnis eine schallende Ohrfeige“, resümierte Schäuble.

Der CDU-Vorsitzende verwies auf den Wunsch Romano Prodis, die großen Gruppierungen jedes Landes in der Kommission vertreten zu haben. Dies würde in Deutschland die Union einschließen: „Die Regierung wird klug beraten sein, mit der Union das Gespräch zu suchen“, fügte er hinzu.

Schäuble unterstrich die Führungsrolle der CDU in der Debatte um die Modernisierung des Sozialstaats. Zentral sei dabei die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang kritisierte der CDU-Vorsitzende das kurz vor der Europawahl vorgelegte Blair-Schröder-Papier. „Taten und Worte haben selten so auseinandergeklafft, wie das, was Herr Schröder schreibt und das, was Herr Schröder als Bundeskanzler verantwortet.“ Im übrigen sei der Ansatz des Papiers völlig unzureichend: „Die zentrale soziale Frage am Ende dieses Jahrhunderts, wie wir die Ausgrenzung von wachsenden Teilen unserer Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit bekämpfen, bleibt außen vor.“ Genau dies sei jedoch der Ansatz der Union: „Arbeit für alle, Beschäftigung für alle, niemand soll ausgegrenzt werden.“ Die Frage, wie der Sozialstaat modernisiert werden könne, werde deshalb die Arbeit der Union als

Opposition und als Partei maßgeblich bestimmen.

In diesem Zusammenhang soll – so Schäuble – auch das Thema: „Was heißt das Leitbild von Ehe und Familie unter den modernen, realen, sozialen Gegebenheiten“ zum Schwerpunkt der Parteiarbeit in diesem Jahr gemacht werden. Am 6. Dezember will eine Kommission unter der Leitung von Generalsekretärin Angela Merkel erste Ergebnisse auf einem Kleinen Parteitag vorstellen.

Darüber hinaus haben die CDU-Führungsgremien weitere Kommissionen eingesetzt. Unter der Federführung von Christa Thoben werde das Gesamtproblem der immer unüberschaubarer werdenden staatlichen Ordnung diskutiert. Zentral gehe es um die Frage, „unter welchen Bedingungen wir die Menschen anregen können, sich stärker an unserer freiheitlichen Ordnung zu beteiligen.“ Hinzu komme die Kommission „Reform von Schule und Hochschule“ unter der Leitung von Annette Schavan. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen im Mittelpunkt des CDU-Parteitags im nächsten Jahr stehen. „Ohne ein wertbezogenes Fundament kann eine Modernisierung der sozialen Ordnung jedoch nicht gelingen“, erklärte Schäuble. „In der Union, wo Werte Zukunft haben“, verfügten CDU und CSU über die besseren Chancen, „die Modernisierung unseres Landes erfolgreich voranzubringen.“

Angela Merkel:

Vertrauen in den neuen Bundesländern zurückgewonnen

Generalsekretärin **Angela Merkel** ergänzte: „Wir haben das Vertrauen in den neuen Bundesländern zurückgewonnen, was für die anstehenden Landtagswahlen eine gute Startposition verspricht.“ Obwohl Gerhard Schröder den Aufbau der neuen Bundesländer zur „Chefsache“ erklärt habe, seien den Worten keine Taten gefolgt. Die Ent-

Christdemokraten stärkste Kraft im Europäischen Parlament

Als einen historischen Sieg für die deutschen Christdemokraten und die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, das Ergebnis der Europawahlen vom 13. Juni bezeichnet.

Die Wähler hätten damit ein deutliches Zeichen gegeben, daß die Zukunft Europas nicht durch die Sozialisten, sondern die Christdemokraten und die mit ihnen in der EVP-Fraktion zusammengeschlossenen Parteien der Mitte bestimmt werden soll. Die EVP-Fraktion werde damit erstmals seit 20 Jahren stärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Rinsche wies weiter darauf hin, daß angesichts der Stärke von CDU/CSU mit 53 Sitzen, gegenüber 33 SPD und sieben Grünen, sich die Frage einer ausgewogenen politischen Besetzung der EU-Kommission jetzt dringend

stelle. Die ungeschriebene Regel, daß auch die Oppositionsparteien der Mitgliedstaaten in der EU-Kommission vertreten sein sollten, könne angesichts dieses Wahlergebnisses von der Regierungskoalition nicht mehr beiseite geschoben werden. Rinsche äußerte die Erwartung, daß „das Kriterium der politischen Ausgewogenheit der neuen Kommission von der EVP-Fraktion bei der Abstimmung über die Einsetzung der EU-Kommission entscheidend mitberücksichtigt werden wird“.

Rinsche wertete das Wahlergebnis als einen Erfolg für die klare Haltung der Christdemokraten im Kampf gegen Mißmanagement in der Kommission und bei der Aufdeckung der BSE-Krise. Allerdings erteile das Europawahlergebnis auch der rot/grünen Regierung nach nur neun Monaten bereits eine klare Absage. Die Europawahlen hätten damit auch für die Politik in Deutschland ein Zeichen gesetzt.

täuschung bei den Menschen im Osten sei deshalb ganz besonders groß.

Die Wertedebatte sei von der Union gerade in den Neuen Ländern sehr bewußt aufgenommen und geführt worden. Dabei habe die CDU herausgestellt, daß eine zukunftsfähige Gesellschaft ohne ein Wertegerüst nicht möglich sei. Die Unions-Strategie, mitten im Leben zu stehen, zu den Leuten zu gehen, habe gut funktioniert. Mitten im Leben wolle sich auch die Familienkommission bewegen: In der Sommerpause würden zu diesem Thema vier Anhörungen stattfinden, um so die gesell-

schaftlichen Gruppen in die Diskussion einzubeziehen.

Günter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, schlußfolgerte aus dem Wahlergebnis: „Die deutschen Wähler trauen CDU und CSU die höchste Europakompetenz zu.“ Konkret bedeute dies, daß die 53 Abgeordneten von CDU und CSU im Europäischen Parlament eine erhöhte Verantwortung hätten. Gegen die EVP als stärkster Kraft in der politischen Mitte könne keine Politik gemacht werden.

Die Union hat von allen Parteien Wähler hinzugewonnen

Das Wahlergebnis der Europawahl vom 13. Juni 1999
in der Bundesrepublik Deutschland
und seine wesentlichen Bestimmungsgründe

Das Wahlergebnis

Die Unionsparteien sind der eindeutige Gewinner der Wahl. Sie erreichten einen relativen Stimmenanteil von 48,7 Prozent, wodurch sie ihren Vorsprung als stärkste politische Kraft der Deutschen im Europaparlament im Vergleich zur Vorwahl erneut deutlich ausbauen konnten. Dies ist das zweitbeste Ergebnis seit 1979. Sie gewannen gegenüber 1994 9,9 Prozentpunkte hinzu. Der Abstand zur SPD hat sich erneut vergrößert. 1994 betrug er 6,6 Prozentpunkte. 1999 konnte ihn die Unionsparteien auf 18 Prozentpunkte ausweiten. Sie werden mit 53 Sitzen im neuen Europäischen Parlament vertreten sein (+ 6). Davon entfallen 10 Mandate auf die CSU. In dem Wahlergebnis spiegelt sich ein langfristiger Trend wider. Die Union ist seit der ersten Europawahl 1979 auf der nationalen Ebene mit deutlichem Abstand vor der SPD stärkste Partei. Lediglich 1989 lag die Union nur knapp vor der SPD. Während die CDU trotz des prozentualen Stimmenzuwachses absolut an Stimmen verloren hat (- 570.000), konnte die CSU Stimmen gewinnen. Als einzige Partei hatte sie bei dieser Europawahl einen absoluten Stimmenzuwachs zu verzeichnen (+ 145.000).

Die CSU konnte ihren bundesweiten Anteil von 6,8 Prozent auf 9,4 Prozent überdurchschnittlich stark ausbauen. Sie erreichte in Bayern einen relativen Stimmenanteil von 64,0 Prozent. Ihr Zuwachs von 15,1 Prozentpunkten liegt über dem

Bundesdurchschnitt. Die CDU allein erzielte bundesweit ein Ergebnis von 39,3 Prozent. Dies entspricht einem Zuwachs von 7,3 Prozentpunkten.

Während die Union in den alten Ländern auf 51,0 Prozent kam, erreichte sie in den neuen Ländern 40,9 Prozent. In den alten Ländern entspricht dies einem Stimmenzuwachs von 10,5 Prozentpunkten und in den neuen Ländern von 7,7 Punkten. Sie gewann somit in den alten Ländern stärker hinzu als in den neuen Ländern.

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nach der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap, hat die Union im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 von allen Parteien Wähler hinzugewonnen. Die stärksten Zugewinne kamen von der SPD (ca. 1,2 Mio.). Aber auch von der FDP erhielt sie einen deutlichen Zustrom (ca. 1,1 Mio.). Die Union gewann von den REP ca. 260.000, den Grünen 115 Tsd. und der PDS 37.000. Stimmen hinzu. Durch die niedrige Wahlbeteiligung gab sie allerdings – wie alle Parteien – Stimmen an das Nichtwählerlager ab (- 7,1 Mio.).

Die SPD hat erneut Einbußen zu verzeichnen. Sie erreichte noch 30,7 Prozent der Wähler. Damit hat sie gegenüber der Vorwahl 1,5 Prozentpunkte (ca. 3,1 Mio. Stimmen) verloren. Seit der Europawahl 1979, bei der die SPD noch 40,8 Prozent

der Stimmen erhielt, hat sie bei jeder weiteren Europawahl kontinuierlich verloren. Die SPD wird mit 33 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sein. Dies sind 7 weniger als bei der letzten Wahl.

Die SPD hat in den neuen Ländern etwas stärker verloren als in den alten Ländern. In den alten Ländern erreichte sie 32,7 Prozent der Stimmen (- 1,3 Prozentpunkte), in den neuen Ländern kam sie auf 24,1 Prozent. Dies entspricht einem Verlust von 1,8 Prozentpunkten. Ihr Vorsprung in den neuen Ländern vor der PDS liegt nur noch bei drei Prozentpunkten. In Mecklenburg-Vorpommern hat die PDS sogar ein besseres Ergebnis als die SPD erzielt (24,3:20,3).

Die SPD hat im Vergleich zur Bundestagswahl in erster Linie an das Lager der Nichtwähler Stimmen verloren (ca. 10,3 Mio.). Damit hat sie etwa die Hälfte der Wähler der Bundestagswahl an das Nichtwählerlager abgegeben. Des weiteren hat sie an die Union Wähler (- 1,2 Mio.) und an die PDS (- 171.000) verloren. Leichte Gewinne hat sie gegenüber den Grünen, der FDP und den REP zu verzeichnen.

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** hatten einen deutlichen Rückgang der Zustimmung zu verzeichnen. Sie erreichten noch 6,4 Prozent. In den alten Ländern kamen die Grünen auf einen Anteil von 7,1 Prozent (- 3,9 Prozentpunkte), in den neuen auf 4,1 Prozent (- 2,8 Prozentpunkte). An absoluten Stimmen verloren sie gegenüber der Vorwahl ca. 1,8 Mio. Dies entspricht einem Verlust von 3,7 Prozentpunkten. Die Grünen ziehen mit 7 (- 5) Abgeordneten in das Europäische Parlament ein.

Wie die SPD sind auch die Grünen von der Wahlenthaltung besonders stark betroffen. Etwa 1,3 Mio. der Wähler der Bundestagswahl 1998 ging bei der Europawahl nicht zur Wahl. Im Austausch mit den anderen Parteien verloren die Grünen am stärksten an die Union (115.000).

Die **PDS** erreichte 5,8 Prozent und überspringt damit zum ersten Mal die Fünf-Prozent-Hürde für das Europäische Parlament, wo sie mit sechs Abgeordneten vertreten sein wird. Sie hat ihr Ergebnis der Vorwahl um 1,1 Prozentpunkte verbessert. Absolut hat sie 100.000 Stimmen verloren. In den neuen Ländern hat sie einen relativen Zuwachs von + 2,5 Prozentpunkten zu verzeichnen. In den alten Ländern war ihr Zuwachs zwar deutlich niedriger (+ 0,6). Hier hat sie allerdings auch absolut an Stimmen gewonnen (+ 87.000).

Auch die PDS hatte einen deutlichen Abstrom ihrer Wähler zu den Nichtwählern zu verzeichnen (ca. - 1,2 Mio). Gewinnen konnte sie hingegen von der SPD (+ 171.000), den Grünen (+ 45.000) und den REP (+ 12.000).

Die **FDP** ist jetzt zum zweiten Mal in Folge und zum dritten Mal (1984) insgesamt an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Sie kam auf 3,0 Prozent der Stimmen. Gegenüber der Vorwahl büßte sie 1,1 Prozentpunkte (- 620.000 Stimmen) ein. Davon erhielt sie in den alten Ländern 3,3 Prozent und in den neuen 2,3 Prozent. Dies entspricht einem Verlust von 0,9 Punkten in den alten und 1,4 Punkten in den neuen Ländern.

Die FDP verlor zu etwa gleichen Teilen Wähler an die Union (- 1,1 Mio.) und das Nichtwählerlager (- 1,0 Mio.). Die Verluste an die SPD (- 80.000) und die Grünen (- 24.000) fielen deutlich geringer aus.

Auch die bei der Europawahl angetretenen Klein- und Splitterparteien mußten deutliche Einbußen hinnehmen. Sie kommen insgesamt nur noch auf einen Anteil von 5,4 Prozent, wobei die REP 1,7 und die sonstigen Parteien 3,7 Prozent der Stimmen halten. 1994 erreichten diese Parteien 10,2 Prozentpunkte, darunter erzielten allein die REP 3,9 Prozent.

Die **REP** haben insgesamt 2,2 Prozentpunkte eingebüßt. Dies entspricht einem

Rückgang von ca. 930.000 Stimmen. Die sonstigen Parteien büßten ca. 1,2 Mio. Stimmen ein.

Auch die REP hatten Verluste an das Nichtwählerlager. Knapp die Hälfte der REP-Wähler ging an das Nichtwählerlager verloren. Die REP verloren an die Union 260 Tsd. Wähler und an die SPD 50.000.

Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zur Vorwahl dramatisch gesunken und liegt bei 45,2 Prozent. Sie ging um 14,8 Prozentpunkte zurück (- 8,8 Mio). Dies ist die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer bundesweiten Wahl. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Wahlbeteiligung bei Europawahlen traditionell niedrig ist. Schon 1994, obwohl parallel sieben Kommunalwahlen durchgeführt wurden, lag die Wahlbeteiligung nur bei 60 Prozent. Der von den Kommunalwahlen ausgehende zusätzliche Anreiz zur Wahl zu gehen, war diesmal schwächer, da nur in sechs Bundesländern Kommunalwahlen durchgeführt wurden (Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt). Durch den Wegfall der Kommunalwahl in Baden-Württemberg sank die Wahlbeteiligung dort im Vergleich zur Vorwahl um 25,8 Prozentpunkte.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

1. Die fünfte Europawahl wurde in bisher nicht bekanntem Ausmaß zu einer massiven Abrechnung mit der Innenpolitik der Bundesregierung, insbesondere auf den Feldern der Wirtschafts-, Arbeits- und Steuerpolitik. Für rund 60% der Wähler waren bundespolitische Gründe entscheidend.

2. In den hohen prozentualen Zugewinnen für die Unionsparteien schlugen sich die stark gewachsene Kompetenz der Uni-

on in fast allen zentralen Politikfeldern der Innenpolitik, namentlich in der Wirtschafts-, Arbeits- und Steuerpolitik ebenso nieder wie ihre traditionelle europapolitische Kompetenz – insbesondere Stabilität des EURO – vor der SPD. Die starke Unzufriedenheit mit der Bundesregierung (74 Prozent) kam eindeutig der Union zugute.

Die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap weist starke Zugewinne aus dem Lager der SPD-Wähler der letzten Bundestagswahl aus. Auch das Bedürfnis nach einer politischen Balance in Europa und die ausgeprägte Abneigung im bürgerlichen Wählerlager gegen die Sozialdemokratisierung und Zentralismus in Europa wirkten zugunsten der Unionsparteien. Überdurchschnittliche Zugewinne verzeichnet die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Der Zugewinn der CSU um über 15 Prozent geht mit einem absoluten Stimmengewinn für die bayerische Landesliste einher. Die Union verzeichnet besonders starken Zuwachs bei den 18- bis 24-jährigen Jungwählern (+ 20 Prozent). Sie liegt insgesamt bei allen soziodemographischen Gruppen – ausgenommen gewerkschaftlich organisierte Berufstätige – vor der SPD.

3. Der SPD und Kanzler Schröder gelang es weder aus der EU-Präsidentschaft noch aus den Friedensbemühungen im Kosovo-Krieg Gewinn zu schlagen. Angesichts der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik konnte sie ihre Wähler nicht mobilisieren. Stattdessen wandten sich viele ihrer bisherigen Wähler, auch die bei der Bundestagswahl 1998 gewonnenen Wähler der sogenannten „neuen Mitte“ desillusioniert und unzufrieden wieder von ihr ab. Laut Infratest dimap verlor die SPD die Hälfte ihrer Stimmen an die Nicht-Wähler. Wesentliche Gründe lagen hier in der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Damit wird die KAS-Prognose in

der Bundestagswahl-Analyse von 1998 über die geringe Stabilität der Wähler der „neuen Mitte“ bestätigt. In fast allen Feldern der Innenpolitik hatte die SPD Kompetenzverluste zu verzeichnen und auch dort, wo sie noch bei der Bundestagswahl 1998 besonders stark war, in der Arbeitspolitik, fiel sie knapp hinter die Union zurück. In der Europapolitik gelang es ihr nicht, ein eigenes Kompetenzprofil aufzubauen.

Die besten Ergebnisse neben der gewerkschaftlich organisierten Traditions Klientel (insbesondere Arbeiter 37 Prozent) erzielte die SPD bei Rentnern (35 Prozent) und Arbeitslosen (33 Prozent).

4. Das Abschneiden der Grünen folgt einem längerfristigen Abstiegstrend. Die Mehrheit ihrer Anhänger ist weder mit der Arbeit der Bundesregierung noch der der eigenen Partei zufrieden. Über die Regierungsbeteiligung ihrer Partei sind viele Anhänger gespalten. Die ambivalenten Einschätzungen gegenüber der Bundesregierung wurde durch die Kosovo-Politik verstärkt und führte bei vielen zur Wahlenthaltung. Fast die Hälfte der Wähler der Grünen von September 1994 blieb zu Hause.

5. Die PDS hat nicht nur ihr eigenes Potential weitgehend ausgeschöpft. Darüber hinaus war sie für prinzipielle Gegner des NATO-Einsatzes und überzeugte Pazifisten die Protestpartei. Mobilisierend in den neuen Ländern war zudem die Unzufriedenheit mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung, die sich auch im stärkeren Rückgang der SPD in den neuen Ländern niederschlägt.

6. Der FDP mangelte es sowohl bundespolitisch als auch europapolitisch an eigenem Profil im Wahlkampf. Ihr generelles Denkkzettel-Argument dürfte bürgerliche Wähler am ehesten dazu gebracht haben,

die wirksame Alternative zur SPD, die Unionsparteien, zu wählen. Schließlich galt die Europawahl FDP-Anhängern als noch weniger wichtig als anderen.

7. Daß die REP unter 2 Prozent liegen und auch die Zahl der Sonstigen, zumeist anti-europäischer Protestparteien so niedrig blieb, hängt damit zusammen, daß es keine ausgeprägte Unzufriedenheit mit der Entwicklung der europäischen Integration in der Bundesrepublik gibt. Vielmehr werden die Vorteile der EU in Deutschland zunehmend positiver beurteilt. Vor diesem Hintergrund hatte anti-europäischer Protest keinen Resonanzboden.

8. Konnten die Sonstigen bei der Vorwahl noch 6,3 Prozent, die REP weitere 3,9 Prozent auf sich vereinigen, fiel die Gesamtzahl der Sonstigen inklusive REP diesmal auf etwa die Hälfte. Dies ist allerdings nur ein Erklärungsfaktor für die dramatisch gesunkene Wahlbeteiligung bei der fünften Europawahl. Hinzu kommt, daß der Stellenwert der Europawahl nach wie vor sehr gering ist (nur jeder Vierte hält sie für sehr wichtig), stark polarisierende europapolitische Themen fehlten und die Regierungsparteien in erster Linie ihre Wähler nicht mobilisieren konnten. Auch die Tatsache, daß in sechs Bundesländern gleichzeitig Kommunalwahlen stattfanden, wirkte sich nur begrenzt positiv auf die Wahlbeteiligung aus.

Zitat

„Schröder hat einen Wahlkampf geführt, der geschickt war, wenn es darum ging, die Mehrheit zu erringen. Der aber verheerend war, wenn es darum ging zu regieren.“

Wolfgang Schäuble

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen

– vorläufiges amtliches Endergebnis –

Land	Wahljahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	Grüne	FDP	PDS	WGR	Sonstige
Mecklenburg-Vorpommern	1994	65,7	30,6	25,6	4,2	5,4	24,3	-	9,9
	1999	50,6	39,9	24,0	1,9	4,1	21,9	-	8,2
	Differenz	-15,1	+9,3	-1,6	-2,3	-1,3	-2,4	-	-1,7
Rheinland-Pfalz	1994	74,1	39,4	38,5	8,2	4,3	-	8,0	1,6
	1999	62,8	46,0	36,1	5,1	4,1	0,1	7,3	1,3
	Differenz	-11,3	+6,6	-2,4	-3,1	-0,2	+0,1	-0,7	-0,3
Saarland	1994	73,9	37,4	44,4	7,4	3,1	-	2,8	4,9
	1999	59,2	46,1	43,1	4,4	2,6	0,4	2,2	1,2
	Differenz	-14,7	+8,7	-1,3	-3,0	-0,5	+0,4	-0,6	-3,7
Sachsen	1994 ¹⁾	66,9	38,6	21,0	7,7	6,3	16,7	5,3	4,1
	1999 ²⁾	66,9 ³⁾	44,6	18,4	4,0	5,1	19,2	6,2	2,6
	Differenz		+6,0	-2,6	-4,0	-1,2	+2,5	+0,9	-1,5
Sachsen-Anhalt	1994	66,2	31,2	29,8	6,3	7,9	18,2	3,9	2,7
	1999	49,5	37,8	27,8	2,5	5,6	18,4	5,5	2,4
	Differenz	-16,7	+6,6	-2,0	-3,8	-2,3	+0,2	+1,6	-0,3
Thüringen	1994	72,3	37,0	26,1	6,4	6,2	15,7	-	8,6
	1999	58,1	42,4	24,4	2,5	4,3	17,9	-	8,4
	Differenz	-14,2	+5,4	-1,7	-3,9	-1,9	+2,2	-	-0,2

1) Nach Urteilen des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes wurden in drei Kreisen und zwei Gemeinden die Kreiswahlen 1995 nachgeholt

2) ohne Muldentalkreis

3) lag bei Redaktionsschluss nicht vor

Auch in NRW ist die CDU der große Sieger

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen kommt einem politischen Erdbeben im größten Bundesland gleich. Die CDU erzielt mit 47,3 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer überregionalen Wahl in Nordrhein-Westfalen seit 1961. Die CDU hat gegenüber der letzten Europawahl 10,3 Prozentpunkte hinzugewonnen. Elf CDU-Kandidatinnen und Kandidaten ziehen aus Nordrhein-Westfalen in das Europaparlament ein.

Die SPD erzielt mit 37,3 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1961 und verliert 2,8 Prozentpunkte gegenüber der letzten Europawahl. Die CDU hat damit einen Vorsprung von 10 Prozentpunkten gegenüber den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen. Solch eine Distanz der CDU gegenüber der SPD hat es ebenfalls seit 38 Jahren nicht gegeben.

Mit 10,3 Prozentpunkten Zuwachs gegenüber der letzten Europawahl liegt die Union in Nordrhein-Westfalen über dem Zuwachs im Bundesdurchschnitt (plus 9,9 Prozentpunkte). Zusammen mit Hessen erreicht sie den zweithöchsten Zuwachs aller CDU-Landesverbände. Nur die CDU Mecklenburg-Vorpommern mit 11,8 Prozentpunkten Zugewinn und die CSU mit 15,1 Prozentpunkten Zuwachs haben noch besser abgeschnitten. Die SPD Nordrhein-Westfalen verzeichnet mit einem Minus von 2,8 Prozentpunkten den dritthöchsten Verlust aller SPD-Landesverbände.

Der überdurchschnittliche Zuwachs der Union und der überdurchschnittliche Verlust der SPD sind fast mehr als das insgesamt überwältigende Wahlergebnis ein wichtiges Signal für die Union im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Die nordrhein-westfälische SPD nach Johan-

nes Rau hat keine besondere Bindekraft mehr für Wähler im sozialdemokratischen Milieu. Im Gegenteil, sie verliert überdurchschnittlich gegenüber den anderen Bundesländern. Offensichtlich ist mit dem Verlust der Integrationsfigur Johannes Rau für die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten eine neue Zeitrechnung angebrochen. Wolfgang Clement schafft es nicht mehr, sich gegen den Trend zu stellen. Im Gegenteil, in Nordrhein-Westfalen wird unter der Führung von Ministerpräsident Clement der Trend sogar verstärkt. Der Verlust von 2,8 Prozentpunkten im größten Bundesland der Republik ist ein ganz entscheidender Faktor für das katastrophale Wahlergebnis der Sozialdemokraten.

Auch die Grünen liegen in Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von 4,1 Prozentpunkten deutlich über dem Verlust im Bundesdurchschnitt.

Insgesamt hat Rot-Grün in NRW fast 7 Prozentpunkte (6,9) gegenüber der letzten Europawahl eingebüßt, gegenüber der letzten Bundestagswahl im September waren es sogar 13,4 Prozentpunkte, gegenüber der letzten Landtagswahl 11,6 Prozentpunkte. Rot-Grün hat in Nordrhein-Westfalen offensichtlich keine Mehrheit mehr.

Das Ergebnis der CDU in Nordrhein-Westfalen ist großartig. Das Ergebnis gibt Rückenwind für die anstehenden Wahlen. Trotzdem werden wir nicht übermütig. Es gibt noch eine ganze Menge zu tun. Die extrem niedrige Wahlbeteiligung ist sicherlich ein Faktor, den wir berücksichtigen müssen. Allerdings glaube ich, daß diesmal – mehr als je zuvor – die Nichtteilnahme an der Europawahl auch eine

ganz bewußte Wahlentscheidung war. Die „Neue Mitte“ hat die SPD verlassen und ist zur CDU zurückgekehrt. Ihr eine dauerhafte Heimat zu geben, ist jetzt unsere Aufgabe.

Wir haben jetzt noch drei Monate bis zur Kommunalwahl und ein knappes Jahr bis zur Landtagswahl Zeit, die enttäuschten SPD-Wählerinnen und -Wähler fest bei uns zu verankern. Das ist möglich. Die Ausschläge bei der Europawahl zeigen wie auch die Wahlen zuvor: Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen sind mobiler denn je.

Besonders erfreulich ist es auch, daß die CDU gerade bei den jüngeren Menschen bis 30 Jahren einen hohen prozentualen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Dies zeigt, daß die CDU eine attraktive Partei auch für jüngere Menschen ist. Dies kann sie aber nur bleiben, wenn sie konsequent den Weg der Erneuerung weitergeht.

Noch einige Anmerkungen zu dem Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen im einzelnen. Wir haben in allen 43 Kreisverbänden zugelegt, und zwar zwischen 13,6 Prozentpunkten und 5,4 Prozentpunkten. Uns ist es gelungen, in 20 Städten und Kreisen die absolute Mehrheit der Stimmen zu erreichen, während wir bei der letzten Europawahl nur in sieben Kreisverbänden die 50 Prozentgrenze überschritten haben. In 39 von 54 Kreisverbänden sind wir stärkste Partei und in 44 von 54 Kreisverbänden haben wir über 40 Prozent bei dieser Wahl erreicht. Wir sind in Nordrhein-Westfalen in keinem Kreisverband mehr unter 30 Prozent. Bei der letzten Europawahl waren wir dies noch in 8 Kreisverbänden. Das heißt, wir haben auch im Ruhrgebiet deutlich zugelegt. Die SPD hat dagegen in vielen Ruhrgebietsstädten überproportional verloren. ■

53 Europa- Abgeordnete von CDU und CSU wurden gewählt

Von den insgesamt 626 Sitzen des Europäischen Parlaments entfallen 99 auf Deutschland. CDU/CSU werden über 53 Mandate verfügen. Die SPD erhält 33 Sitze, die Grünen stellen sieben und die PDS sechs Sitze.

Hier die Unionsabgeordneten:

CDU

Rolf Berend, Christian Ulrik von Boetticher, Reimer Böge, Elmar Brok, Karl Heinz Florenz, Michael Gahler, Anne-Karin Glase, Dr. Luth Goepel, Dr. Alfred Georg Gomolka, Ruth Hieronymi, Dr. Georg Jarzembowski, Elisabeth Jeggle, Hedwig Aloisia Keppelhoff-Wiechert, Ewa Klamt, Christa Kläß, Karsten Knolle, Dr. Dieter-Lebrecht Koch, Dr. Christoph Werner Konrad, Dr. Werner Langen, Brigitte Langenhagen, Armin Laschet, Kurt Lechner, Klaus-Heiner Lehne, Dr. Hans-Peter Liese, Thomas Mann, Dr. Dr. Hans-Peter Mayer, Winfried Menrad, Dr. Peter-Michael Mombaur, Hartmut Nassauer, Doris Pack, Dr. Hans-Gert Pöttering, Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Ingo Schmitt, Dr. Horst Schnellhardt, Jürgen Herbert Schröder, Dr. Konrad Schwaiger, Dr. Renate Thekla Walburga Sommer, Diemut Theato, Stanislaw Tillich, Rainer Wieland, Karl von Wogau, Prof. Dr. Jürgen Zimmerling, Sabine Zissner

CSU

Markus Ferber, Dr. Ingo Friedrich, Franz Xaver Mayer, Emilia Müller, Dr. Angelika Niebler, Bernd Posselt, Alexander Radwan, Ursula Schleicher, Dr. Gabriele Stauner, Dr. Joachim Wuermeling

Saar-CDU im Aufwind: Jetzt stärkste Kraft im Land

Triumphaler Erfolg für die CDU Saar: Die Kommunalwahl in den 52 saarländischen Gemeinden, den fünf Landkreisen und im Stadtverband hat die politische Landkarte des Saarlandes eingeschwärzt.

Die CDU wuchs landesweit zur stärksten Kraft – sowohl bei den Kreistagswahlen mit 46,1 Prozent (plus 8,7) gegenüber der SPD mit 43,1 Prozent (minus 1,3) als auch bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen mit 45,8 Prozent (plus 7,5) gegenüber der SPD mit 42,3 Prozent (minus 2,4). Damit erreicht die CDU ihr bestes Kommunalwahlergebnis seit 1974 und die SPD ihr schlechtestes seit 25 Jahren. Vor 20 Jahren war die CDU zum letzten Mal stärkste Partei bei Kommunalwahlen. In 30 von 52 Gemeinden verfügt die CDU über eine Mehrheit, davon über 24 absolute. In 51 der 52 Gemeinden hat die Union hinzugewonnen.

Auch in Saarbrücken relative Mehrheit

Mit St. Wendel (55,7 Prozent, 16 zu 11 Sitze), Merzig-Wadern (47,6 Prozent, 18 zu 15 Sitze), Saarlous (44,7 Prozent, 20 zu 19 Sitze) und Saarpfalz (44,5 Prozent, 17 zu 16 Sitze) hat die CDU in vier Landkreisen die absolute Mehrheit. Hinzu kommt die relative Mehrheit im Stadtverband Saarbrücken, wo die CDU mit 44,9 Prozent über 22 Sitze verfügt (SPD 21 Sitze, Grüne 2 Sitze). Lediglich im Landkreis Neunkirchen und auch in der Stadt Neunkirchen behält die SPD trotz Verlusten und erheblichen, zum Teil zweistelligen CDU-Gewinnen ihre absolute Mehrheit. Auch in der Landeshauptstadt Saarbrücken ist die CDU mit 42,5 Prozent (SPD 39,8) stärkste Partei geworden und hat 29 Sitze

(SPD 28, Grüne 2). Gekippt wurden die Mehrheiten in den Stadträten von Saarlouis und Merzig sowie im gesamten Illtal (Eppelmann, Illingen, Merchweiler), wo die CDU jetzt über absolute Mehrheiten verfügt. In den Gemeinde- und Stadträten hat die CDU jetzt 888 Sitze, die SPD nur noch 819, hinzu kommen 20 Grüne, sieben bei der FDP und 42 Freie Wähler. In den Kreistagen sitzen 108 CDU-, 100 SPD- und zwei Grüne-Vertreter.

Denkzettel für die SPD

Der CDU-Landesvorsitzende Peter Müller sieht die CDU Saar nach der gewonnenen Kommunalwahl deutlich im Aufwind und setzt auf Sieg auch bei der anstehenden Landtagswahl am 5. September. „Jede Wahl hat ihre eigenen Gesetze. Dennoch ist das Bedürfnis der Menschen nach einem politischen Wechsel im Saarland deutlich geworden, und dies wird auch die Landtagswahl bestimmen. Die CDU hat insbesondere dort gewonnen, wo Filz und Arroganz der Macht der SPD stark ausgeprägt waren.“

Diese Wahl war mehr als eine Denkzettelwahl für die SPD, sondern eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Sozialdemokraten. „Das Kommunalwahlergebnis sei zunächst auch ein Erfolg der vielen CDU-Kandidaten und CDU-Persönlichkeiten vor Ort und ihres engagierten Wahlkampfes. Des weiteren sei es auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem rot-grünen Chaos in Bonn und Ausdruck eines Bedürfnisses nach Neubeginn im Saarland. Die Enttäuschung über die Flucht Lafontaines aus der Verantwortung werde erst in der Landtagswahl voll zum Tragen kommen.“

Rheinland-Pfalz:

Über 50 Prozent der Erstwähler gaben ihre Stimme der CDU

Die Zustimmung der rheinland-pfälzischen CDU wächst von Wahl zu Wahl. Die absoluten Wählerzahlen belegen eine deutliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Land zugunsten der Union, erklärte der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Christoph Böhr nach Beratungen im Landesvorstand seiner Partei.

Mit einem großartigen Ergebnis, so Böhr, ist die CDU in Rheinland-Pfalz als stärkste kommunale Kraft bestätigt worden. Böhr dankte allen Wählerinnen und Wählern, die der Union im Land dieses überwältigende Vertrauen schenkten.

Christoph Böhr: „Das rheinland-pfälzische Ergebnis bei den Kommunal- und Europawahlen ist herausragend. Die Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen haben deutlich gemacht, daß sie mit der Politik der SPD in Bund, Land und den Kommunen unzufrieden sind und der Union mehr zutrauen als anderen.“

Die Zustimmung der CDU im Land, so Böhr weiter, steige unaufhaltsam. Hätten bei der Landtagswahl 1996 noch 860.847 Bürgerinnen und Bürger der CDU ihre Stimme (CDU: 38,7 %) gegeben, unterstützten jetzt, bei der Europawahl 1999, 936.990 Rheinland-Pfälzer die CDU (CDU: 50 %). Das sind 76.143 mehr Bürgerinnen und Bürger, die wollen, daß die CDU die stärkste politische Kraft ist.

Christoph Böhr: „Besonders erfreut bin ich darüber, daß wir einen unaufhaltsamen Zuwachs bei den jungen Wählern haben. Über 50 Prozent der Erstwähler gaben der CDU ihre Stimme. Wir kümmern uns um Zukunftsthemen. Das Wahlergebnis gibt uns recht.“

Auch in Ludwigshafen, der Heimatstadt von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, ansonsten eine Hochburg der Sozialdemokraten, überrundete die CDU bei einer Kommunalwahl erstmals die SPD.

Thüringen: Deutlicher CDU-Sieg

Die CDU ist klare Gewinnerin der Kommunalwahlen in Thüringen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreichten die Christdemokraten 42,4 Prozent der Stimmen und legten damit um 5,4 Prozentpunkte gegenüber 1994 zu. Die SPD verlor und erreichte 24,4 Prozent. Die Sozialdemokraten lagen damit 1,7 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der Kommunalwahlen vor fünf Jahren.

Die PDS kam auf 17,9 Prozent und konnte sich um 2,2 Prozentpunkte steigern. Die

FDP erreichte 4,3 Prozent – 1,8 Prozentpunkte weniger als 1994. Die Bündnisgrünen kamen auf 2,5 Prozent – 3,6 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren.

Die CDU erreichte in allen sechs kreisfreien Städten und in den 17 Landkreisen die meisten Stimmen. In fünf Landkreisen errang sie sogar die absolute Mehrheit.

Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) sagte mit Blick auf den Erfolg, die Chancen seiner Partei auf einen Wahlsieg bei der Landtagswahl im September seien gut.

Mecklenburg-Vorpommern:**Ringstorff „entzaubert“**

Die CDU hat bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern ihren Stimmenanteil im Vergleich zu 1994 um ein Drittel erhöht und ist der klare Wahlsieger. SPD und PDS, seit einem halben Jahr Regierungspartner im Nordosten, mußten hohe Verluste hinnehmen.

Laut vorläufigem amtlichen Endergebnis kam die Union auf 39,9 Prozent der Stimmen. Sie baute damit ihre Position als führende kommunalpolitische Kraft im Land aus. 1994 hatte sie 30,6 Prozent erreicht.

Die SPD verlor außer in Rostock und Greifswald auch alle kreisfreien Städte. Besonders kraß ist das Ergebnis in der

Landeshauptstadt Schwerin: Die SPD sank von 31,1 auf 22,2 Prozent, die CDU ist mit 30,7 Prozent eindeutiger Wahlgewinner (1994: 15,4). Auch die PDS verlor und kam auf 21,9 Prozent der Wählerstimmen. FDP (4,1) und Grüne (1,9) erzielten nur Achtungserfolge wie in Wismar und Güstrow. Die CDU-Landesvorsitzende Angela Merkel sagte, das Wahlergebnis sei eine „hervorragende Basis für die nächsten fünf Jahre“. Die Politik der rot-roten Landesregierung sei gescheitert.

„Ein halbes Jahr rot-rot in Schwerin hat gereicht, um Harald Ringstorff zu entzaubern“, frohlockte Oppositionschef Eckhardt Rehberg.

Sachsen-Anhalt:**Erster Schritt zum Politikwechsel**

Der CDU-Landesvorsitzende Wolfgang Böhmer hat die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen „als ersten Schritt auf dem Weg zu einem Politikwechsel“ im Lande gewertet. Das Ziel, stärkste politische Kraft in den Kreistagen und Stadträten zu werden, sei erreicht.

Wie Böhmer vor Journalisten in Magdeburg sagte, zeige die Wählerentscheidung zudem einen Trend, den die CDU schon seit 1994 prognostiziert habe, „daß das Magdeburger Modell einer PDS-tolerierten SPD-Regierung zur Stärkung der PDS führt und der SPD schadet“. Die PDS sei stabilisiert, habe bundesweit fünf Prozent erreicht und sei erstmals im Europäischen

Parlament vertreten. Dies sei eine Entwicklung, die deutlich zu Lasten der Sozialdemokraten gelaufen sei, ergänzte er.

Es könne nicht gutgehen, wenn die SPD einerseits eine Sympathie-Koalition mit der Nachfolgepartei der SED eingehe und andererseits im neuesten Schröder-Blair-Papier verkünde, was moderne Sozialdemokratie sei. Die SPD mache einen gravierenden Fehler, wenn sie auf Landes-ebene konträre Positionen zu Bundesebene einnehme. „Die SPD wird sich aber entscheiden müssen“, erklärte der CDU-Politiker. „Nach achtjähriger Verlobungszeit muß man sich zueinander bekennen. Wer will schließlich schon ewige Verlobte sein?“

Sächsische Union weiterhin mit stabiler Mehrheit in Stadt und Land

Auf einer gemeinsamen Sitzung des CDU-Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden in Dresden äußerte der Landesvorsitzende der Sächsischen Union, Dr. Fritz Hähle MdL: „Ich freue mich, daß die Sächsische Union ihr Europawahlziel erreicht hat, wieder mindestens drei Abgeordnete ins Europäische Parlament zu entsenden. Sie hat ihr 94er Wahlergebnis sogar um 6,7 Prozent überbieten können.

Auch in der Kommunalwahl haben wir unserer Ziel erreicht, wieder stärkste politische Kraft in den Kommunen zu werden. Wir haben zum Teil sogar deutlich hinzu gewonnen. Die CDU stellt die stärksten Stadtratsfraktionen u.a. in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Görlitz, Zwickau, Plauen und Hoyerswerda.

Trotz aller Erfolge gelte es jetzt im Hinblick auf die Landtagswahl besonders aktiv zu werden und auf die Menschen im Land zuzugehen. „Wir brauchen eine eigenständige Mehrheit im Landtag, damit Kurt Biedenkopf Ministerpräsident des Freistaates Sachsen bleibt, zum Wohle Sachsens und als Anwalt für die neuen

Länder, wenn es darum geht, in den kommenden Jahren die gesamtdeutsche Solidarität zu erhalten“, sagte Hähle.

Ministerpräsident Kurt Biedenkopf erklärte: „Ich bin über das Wahlergebnis außerordentlich glücklich. Die Europa- und Kommunalwahlen haben eine sehr solide Grundlage geschaffen für die kommende Landtagswahl. Wir brauchen klare Mehrheitsverhältnisse, um den Freistaat Sachsen mit einer klaren, erfolgreichen Politik für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Die CDU ist in Sachsen die einzige Partei, die eine stabile Mehrheit gewährleisten kann, um den Menschen im Lande damit zu dienen. Kämpfen wir dafür mit Bescheidenheit, aber auch mit Sicherheit.“

Der Spitzenkandidat zur Europawahl, Jürgen Schröder MdEP mahnte, bei aller Freude über den Erfolg, nicht leichtsinnig zu werden. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) sei, wie erhofft, stärkste Fraktion im Europäischen Parlament geworden. Nun gelte es, diese Kraft auch zusammenzubinden. ■

Schröder als Kaiser in neuen Kleidern

„Sie stehen da wie der Kaiser in seinen neuen Kleidern. Wenn man genau hinschaut, ist nichts mehr dran.“

(Der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble am Mittwoch, 16. Juni, im Bundestag zu Bundeskanzler Gerhard Schröder, bezugnehmend auf dessen Regierungspolitik.)

Kulturforum in Weimar

Am 2. Juli 1999 findet in Weimar ein Kulturpolitisches Zukunftsforum der CDU statt. Das Thema lautet „Kulturstaat Deutschland – Verfassungsauftrag im Alltag“. Das Forum beginnt um 9.30 Uhr im Weimarer Kongreßzentrum.

Rückfragen an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: 02 28/5 44-4 25, Fax: 02 28/5 44-5 59

Hartmut Perschau:

Die große Koalition in Bremen wird fortgesetzt

Seit der Bundestagswahl im letzten Jahr hat die Bremer CDU etwas über 12 Prozent dazugewonnen. Die SPD hat dagegen knapp 8 Prozent verloren. Mit dem gestrigen Wahlergebnis hat die CDU überhaupt das beste Ergebnis ihrer Geschichte in Bremen erzielt.

Bernd Neumann hat einmal Mitte der 70er Jahre das bis dahin beste mit 33,8 Prozent erzielt. Diesmal sind wir bei 37,1 Prozent. Die Sozialdemokraten haben mit ihren 42,6 Prozent das drittschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte in Bremen erzielt.

Das Wahlergebnis ist eine Bestätigung der guten Arbeit der großen Koalition. Diese große Koalition – das ergibt sich auch aus den Kompetenzfragen – ist so positiv bewertet worden, weil sie den früheren Regierungskurs verändert, und zwar dramatisch verändert hat:

- Wir haben wieder Wirtschaftswachstum.
- Wir haben Finanzkraftwachstum.
- Die innere Sicherheit ist wieder in Ordnung, die Randalen ist vorbei.
- Es wird wieder gebaut.

Das Vertrauen der Wirtschaft und des Bürgertums in das politische Handeln in Bremen ist wieder hergestellt worden, und Bremen hat wieder an Ansehen gewonnen. Ich glaube, daß Henning Scherf daran einen hohen Verdienst hat, nämlich den, CDU-Politik innerhalb der SPD mehrheitsfähig gemacht zu haben.

Notwendiger Kurswechsel

Der Kurswechsel, den wir gemacht haben, ist nämlich ein Kurswechsel hin zur Ordnungspolitik der Union. Und den hat Bremen auch nötig gebraucht.

Natürlich hat Henning Scherf einen hohen Popularitätsgewinn erzielt, sicherlich vor allem deshalb, weil er viele Menschen im Bürgertum überrascht hat. Ausgerechnet Henning Scherf mit seiner linken Vergangenheit muß sich auf einmal zur Marktwirtschaft, zum Wettbewerb, zur Wachstumspolitik, zu eiserner Sparpolitik bekennen. Das hat die Leute verblüfft.

Pressekonferenz nach einer Sitzung von Präsidium und Bundesvorstand im Konrad-Adenauer-Haus am 7. Juni

Mich auch, und ich habe mich darüber gefreut, weil wir damit die Möglichkeit hatten, unseren Kurswechsel durchzusetzen. Wir waren beide auch der Meinung, daß die Koalition fortgesetzt werden soll. Aber die CDU hat das auch aufs Wahlplakat geschrieben; die SPD nicht, weil die Partei von Henning Scherf dagegen war und mit Rot-Grün liebäugelte.

Das Wahlergebnis hat sehr deutlich bestätigt, was auf unserem Plakat steht, nämlich: Wer die große Koalition will, muß diesmal CDU wählen.

Wir müssen jetzt in Bremen die Politik auch weiterhin in der Mitte halten: eine wichtige Voraussetzung dafür, die begonnene Sanierung zu schaffen. Denn die Sanierung ist für uns die Voraussetzung dafür, daß es bei der Eigenstaatlichkeit Bremens bleibt.

Keine Alternative

Uns ist die Frage gestellt worden, warum wir nicht auf eine bürgerliche Mehrheit

gesetzt haben. Ich will darauf einmal ein bißchen lax sagen: Es war klar, daß man immer nur mit den Mädels tanzen kann, die im Saal sind.

Es war von vornherein ziemlich klar, daß die AFB (Arbeit für Bremen und Bremerhaven) und die FDP nicht im Saal sein würden.

Es bestand deshalb noch nicht einmal die Möglichkeit, mit einer anderen zu tanzen. Wenn wir Einfluß auf die Politik ausüben wollten, dann war unsere Aufgabe in Bremen, die Politik in der Mitte zu halten.

Die große Koalition war zwingend. Bei dieser Wahl ging es auch nicht so sehr um die Frage, wie stark die Opposition ist, sondern darum, ob wir eine handlungsfähige Regierung kriegen, die in der Lage ist, die notwendigen Entscheidungen, die der Sanierung Bremens dienen, zu treffen und auch durchzuhalten.

Dieses wichtige Ziel außer acht lassen, wäre eine ungewöhnlich unpatriotische Politik gewesen und hätte niemandem vermittelt werden können. Es ist schon so: zu dieser großen Koalition hat es keine Alternative gegeben.

Die Zustimmung zur großen Koalition war denn auch so groß – CDU-Wähler 80 Prozent, SPD Wähler 70 Prozent –, daß nicht einmal das eintrat, was normalerweise bei Koalitionen dieser Größenordnung entsteht: Vorteile für die Kleinen.

Die kleinen Parteien sind bei einer derartig einhelligen Zustimmung zur großen Koalition sogar geschrumpft, die AFB am meisten, Die FDP hatte nicht viel zum Schrumpfen. Die Grünen sind auch geschrumpft, obwohl sie die eigentliche Oppositionspartei waren: eine ungewöhnliche Situation in Bremen.

PDS ohne Chance

Die PDS hat einen ungewöhnlich kreativen Wahlkampf gemacht, enorm viel Geld ausgegeben und plakatiert, was das Zeug

hält – teilweise sehr witzig und mit viel Esprit. Viele haben deshalb auch gedacht: Donnerwetter, die DKP hat früher schon immer hohe Anteile in Bremen gehabt, später auch der Kommunistische Bund und der Kommunistische Bund Westdeutschlands, womöglich schafft es die PDS. Aber die PDS hat mit ihren Anstrengungen eben nicht geschafft.

Sie ist etwa da geblieben wo sie war: unter drei Prozent. Das zeigt die Chancenarmut der PDS, selbst wenn sie viel Geld und vielleicht auch Charme einsetzt. Ein nettes Plakat übrigens: Scherf und ich als Brautpaar. Scherf war die Braut, nicht ich – unter dem Motto: Man muß auch einmal Nein sagen können. Sie haben sich etwas einfallen lassen, aber es hat nicht geklappt.

Zur DFU will ich gar nicht viel sagen, in Bremerhaven haben wir sie seit langem, und dieser eine DVU-Abgeordnete, der jetzt der Bremischen Bürgerschaft angehört, verdient es nicht, daß wir uns Sorgen und Gedanken machen oder lange darüber reden.

Ich bin zuversichtlich

Vor uns liegt eine schwere Arbeit, wenn wir die Sanierung hinbekommen wollen. Wir müssen schneller wachsen als alle anderen, weniger ausgeben als alle anderen und daneben die Schulden abbauen, die in über vierzig Jahren angehäuft worden sind. Deshalb wird diese Legislaturperiode auch die Nagelprobe darauf sein, ob wir Wettbewerbs-, Wachstums- und Sparpolitik ordnungspolitisch durchhalten, damit am Ende das Zahlenwerk stimmt und wir einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen können.

Ich bin zuversichtlich: Das wird gehen. Wir werden jetzt in die Koalitionsverhandlungen eintreten und sie mit dem Ziel führen: Nach solider Vorbereitung zügig die Entscheidung treffen, damit die politische Handlungsfähigkeit in Bremen nicht unterbrochen wird.

Das Wahlergebnis in Bremen und seine Bestimmungsgründe

Charakteristisch für das Wahlergebnis in Bremen sind zum einen die deutlichen Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven und zum anderen die stark gesunkene Wahlbeteiligung. Die Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl erreichte einen historischen Tiefstand. Nur 60,1 Prozent der Bremer sind zur Wahl gegangen. Dies bedeutet einen Rückgang der Wahlbeteiligung um 8,5 Prozent (-54 Tsd. Stimmen). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß auch die Anzahl der Wahlberechtigten gegenüber 1995 um 18 Tsd. gesunken ist.

Die SPD erzielte einen Stimmenanteil von 42,5 Prozent (124 Tsd. Stimmen). Damit hat sie im Vergleich zur Vorwahl 9,1 Prozentpunkte (=9 Tsd. Stimmen) hinzugewonnen. In der Bremer Bürgerschaft wird sie künftig mit 47 Sitzen vertreten sein (+10). Die SPD mobilisierte in Bremen etwas besser als in Bremerhaven. In Bremen betrug ihr Zugewinn 9,7 Prozentpunkte, in Bremerhaven 6,2 Punkte. Trotz der Zugewinne blieb die SPD deutlich hinter ihren Ergebnissen der Vergangenheit zurück. Seit 1991 mußte die SPD herbe Verluste hinnehmen, von denen sie sich bis heute noch nicht erholt hat, obwohl sie einen Teil der Wähler, die sie 1995 an die AFB verloren hatte, zurückgewinnen konnte. Seit den 50er Jahren war Bremen SPD-Hochburg, wo sie bis in die späten 80er Jahre regelmäßige Stimmenanteile von ca. 50 Prozent hatte. An diese Wahlergebnisse der Hochburg Bremen konnte sie jedoch nicht mehr anknüpfen.

Die CDU hat mit 37,1 Prozent (108 Tsd. Stimmen) das beste Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte in Bremen erzielt.

Weder bei Bürgerschafts-, Bundestags- noch bei Europawahlen hat sie ein höheres Ergebnis erreicht. Sie gewann 4,5 Prozentpunkte hinzu. Aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung mußte sie bei den **absoluten Stimmen Einbußen** hinnehmen (-4 Tsd.). In den beiden Wahlgebieten Bremen und Bremerhaven fällt die Gewinn- und Verlustrechnung für die CDU sehr unterschiedlich aus. Während sie in Bremen 5,4 Prozentpunkte hinzugewinnt, verlor sie in Bremerhaven leicht (-0,1 Prozentpunkte). Die Mandatszahl in der neuen Bürgerschaft beträgt 42 Sitze. Das sind 5 mehr als in der letzten Legislaturperiode.

Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bündnis 90/Die Grünen verloren gegenüber 1995 4,1 Prozentpunkte (19 Tsd. Stimmen) und erreichten noch 26 Tsd. Stimmen. Damit haben sie wie schon bei der Landtagswahl in Hessen im Frühjahr 1999 etwa ein Drittel ihres Wählerpotentials eingebüßt. Die Grünen werden künftig mit 10 Sitzen in der Bürgerschaft vertreten sein (-4).

Verlierer der Wahl ist die **Wählerinitiative AFB**, die 1995 als Zusammenschluß prominenter Sozialdemokraten entstanden war, um sich gegen den Linkskurs der SPD zu stellen. Die AFB verlor 8,3 Prozentpunkte (-ca. 30 Tsd. Stimmen) und erhielt nur noch 2,4 Prozent (7 Tsd. Stimmen). Damit ist sie nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten.

Die DVU hat ihr Vorwahlergebnis leicht verbessert (+0,5 Prozentpunkte) und erreicht 3,0 Prozent der abgegebenen Stim-

men (ca. 9 Tsd.). Aufgrund der in Bremen und Bremerhaven getrennt geltenden Fünf-Prozent-Hürde, wird sie in der Bürgerschaft über einen Sitz verfügen. Während die DVU in Bremen nur auf 2,5 Prozent der Stimmen kam, erreichte sie in Bremerhaven 6,0 Prozent. Da nur ca. 16 Prozent der Stimmen aus Bremerhaven stammen, sollte dieses Ergebnis nicht überinterpretiert werden, da letztlich nicht einmal 3 Tsd. Stimmen den Einzug der DVU sicherten. Zudem blieb die DVU deutlich hinter ihrem „Überraschungserfolg“ 1991 zurück, als sie in Bremen insgesamt 6,2 Prozent der Stimmen erhielt.

Die **PDS** hat leichte Gewinne zu verzeichnen. Sie erreichte 2,9 Prozent (+0,5 Prozentpunkte). Dies entspricht ca. 8 Tsd. Stimmen. Aufgrund der gesunkenen Wahlbeteiligung beträgt der absolute Stimmenzuwachs lediglich 245 Stimmen.

Die **FDP** hat gegenüber 1995 geringfügig verloren. Sie erreichte 2,5 Prozent (ca. 7 Tsd. Stimmen). Sie verlor 0,9 Prozentpunkte (ca. -4 Tsd. Stimmen). Damit hat sie erneut den Einzug in das Landesparlament verfehlt. Sie ist zum dritten Mal in der Nachkriegsgeschichte nicht in der Bremer Bürgerschaft vertreten (1983, 1995).

Die sonstigen Parteien erreichten mit 0,5 Prozent der Stimmen 1,5 Prozentpunkte weniger als 1995.

Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

1. Die Bremische Bürgerschaftswahl war **im wesentlichen ein stadtpolitisches Ereignis**. Vor dem Hintergrund eines kontroversen und spannungslosen Wahlkampfes, in dem die beiden Volksparteien die Fortsetzung der großen Koalition gleichermaßen zum Wahlziel erklärten, sank die Wahlbeteiligung auf den Tiefstand in der Geschichte der Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen. Nur jeder vier-

te Wähler erklärte, daß bundespolitische Gesichtspunkte bei seiner Wahl eine Rolle spielten. Der Kölner Gipfel mit der beginnenden Deeskalation im Kosovo-Krieg dürfte das Abschneiden der Parteien nicht oder nur sehr geringfügig beeinflusst haben, da die Wahlergebnisse den bereits vor dem Gipfel prognostizierten Parteienpotentialen in hohem Maße entsprachen.

Zu den stadtpolitischen Besonderheiten dieser Bürgerschaftswahl gehört die relativ hohe **Wertschätzung der großen Koalition**, ihre mehrheitlich positive Leistungsbilanz sowie ein aufkeimender wirtschaftlicher Zukunftsoptimismus, umgekehrt formuliert: das Fehlen einer verbreiteten Unzufriedenheit und Proteststimmung, wie sie bei der Vorwahl 1995 bestand und zur Gründung der Wählerinitiative „Arbeit für Bremen“ durch gemäßigte Sozialdemokraten führte. Die weitgehende Auflösung der AFB ist ein weiteres Spezifikum dieser Wahl. Ihre Stimmen kamen, laut Infratest dimap-Wählerwanderungsbilanz, etwa zu gleichen Teilen der CDU, der SPD und dem Nichtwählerlager zugute.

2. Die **SPD konnte stärker noch als die CDU von der Zufriedenheit mit der Arbeit der großen Koalition profitieren**. Laut Infratest dimap-Wählerwanderungsbilanz gewann sie nicht nur etwa 8.000 Stimmen von der AFB, sondern auch ebenso viele von den Grünen. Entscheidend für ihren hohen Zugewinn war die außerordentliche Popularität, die Bürgermeister Scherf genöß. In der Bürgermeisterpräferenz führte er mit 66 Prozent vor Perschau mit 25 Prozent. Demgegenüber ist das Kompetenzprofil der SPD in den prioritären Politikfeldern deutlich schwächer ausgeprägt. Die Rangfolge der wichtigsten Probleme in Bremen lautet:

- Arbeit ● Wirtschaft ● Bildung ● Innere Sicherheit ● Finanzen/Verschuldung
- Verkehr ● Ausländer/Asylpolitik
- Umweltschutz

Bei der mit Abstand wichtigsten Aufgabe der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen fiel die SPD kurz vor der Wahl sogar hinter die CDU zurück. Die SPD hatte, zum Teil knappe, Kompetenzvorsprünge in der Bildungs-, Verkehrs-, Asyl/Ausländerpolitik sowie in Fragen der Eigenständigkeit des Stadtstaates Bremen und in der allgemeinen Zukunftskompetenz.

Schließlich verfügt die **SPD in Bremen traditionell über einen hohen Sockel loyaler Wähler**, den sie stärker als die CDU mobilisieren konnte. Die SPD hat neben ihren traditionellen Arbeiter-Hochburgen besonders gut in Gebieten mit hohen Angestellten- und Beamtenanteilen abgeschnitten, d. h. deutliche Zugewinne außerhalb ihres Traditionsmilieus gehabt.

3. Auch die **CDU** profitierte von der Wertschätzung der großen Koalition. **Sie wurde in den vorrangigen, „harten“ Politikfeldern als kompetenteste Partei betrachtet:** Arbeit, Wirtschaft, Innere Sicherheit und Finanzen/Verschuldung. Bemerkenswert ist, daß die **CDU auch in Fragen der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als lösungskompetenteste Partei** angesehen wurde. Dies könnte darauf hinweisen, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Bevölkerung wieder stärker als eine Aufgabe wahrgenommen wird, die am ehesten mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik und der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen geleistet werden kann, daß also die bei der letzten Bundestagswahl beobachtete Entkoppelung von wirtschaftspolitischer und arbeitspolitischer Kompetenz – die erste der Union, die zweite der SPD zugeordnet – nach den Erfahrungen mit der Arbeitspolitik der neuen Bundesregierung wieder rückläufig ist. Die CDU gewann von der AFB, laut Infratest dimap-Wählerwanderungsbilanz, ca. 9.000 Stimmen dazu, geringen Zulauf hatte sie auch von der FDP und den Grünen, **sie verlor**

aber deutlich mehr an das Nichtwählerlager. Die CDU schnitt in ihren traditionellen Hochburgen in den besseren Wohngebieten im Osten Bremens auch diesmal gut ab. Sie verlor am meisten in Bremerhaven.

4. Die **Verluste der Grünen** folgen zunächst dem bundesweiten Trend. Das Ökologie-Thema ist in der politischen Prioritätenskala zurückgefallen, der Partei ist es nicht gelungen, ein breiteres Profil zu gewinnen. Als Protestpartei der Jungwähler gegen Regierung, System und Establishment sind die Grünen kaum mehr tauglich. In Bremen gab es keine Proteststimmung, die sie hätten auf ihre Mühlen leiten können. Ihre Wählerschaft war zerissen, laut Infratest dimap-Wanderungsbilanz wechselten rund 8.000 zur SPD, etwa die gleiche Anzahl ging nicht zur Wahl, viele vermutlich aus Protest gegen die Außenpolitik Fischers. Die Grünen verloren am stärksten in ihren bisherigen Hochburgen (Steintor, Ostertor, Altstadt).

5. Die **hohen Verluste der Wählerinitiative „Arbeit für Bremen“** sind paradoxerweise das Resultat ihrer erfolgreichen Effekte in der vorhergegangenen Wahlperiode. Die AFB war als bürgerliche Protestpartei gegen die links-ideologische rot-grüne Politik im Stadtstaat gegründet worden und wurde zum Sammelbecken gemäßiger Sozialdemokraten und vieler liberaler Wähler. Die durch sie erzwungene große Koalition hat ihr am Ende den Boden entzogen. Die meisten der 1995 gewonnenen Wähler der AFB gingen zu etwa gleichen Teilen zur SPD, zur CDU und in die Wahlenthaltung. Die AFB verlor in allen Ortsteilen. Ihre relativ populäre Vorsitzende war bereits vor einiger Zeit in die SPD zurückgekehrt.

6. Die **FDP konnte in der Opposition kein Profil gewinnen**, ihr Spitzenkandidat war unter den Spitzenkandidaten aller Par-

Bernd Neumann: Wir sind kein Juniorpartner der SPD

Die Bremer CDU ist nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Bernd Neumann „kein Juniorpartner“ in dem neuen Bündnis mit der SPD.

„Wir sind gleichberechtigter Partner bei den Koalitionsverhandlungen und sehen dort wenig Spielräume“.

Rot-grüne Gedankenspiele in der Bremer SPD nannte Neumann „Theaterdonner im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen“. Die CDU werde auf Einhaltung der Bundesratsklausel bestehen.

Der Klausel zufolge muß sich Bremen im Bundesrat bei Abstimmungen enthalten, wenn es dazu in der Bremer großen Koalition keine Einigkeit gibt. „In Einzelfragen lassen wir aber mit uns reden“, meinte Neumann. Er könne sich vorstellen, daß Bremens Vertreter im Bundesrat bestimmten Gesetzesvorhaben der rot-grünen Bundesregierung zustimmen, wenn sie dem Land Bremen nützen. „Ein Abstimmungsverhalten, das sich am Wohl des Bundeslandes orientiert, wäre vorstellbar“.

teien der Unbekannteste. Es gelang ihr nicht, ihre 1995 an die AFB verlorenen Wähler zurückzugewinnen. Die Negativeffahrung mit der Ampel-Koalition zuvor wirkte nach. Angesichts der erklärten Koalitionsoptionen – große Koalition oder Alleinregierung der SPD – gab es auch unter koalitionstaktischen Gesichtspunkten keinen besonderen Grund, FDP zu wählen.

7. Die PDS konnte im wesentlichen ihre Stammwählerschaft mobilisieren. Dabei könnte ihr das Friedensthema zugekommene sein. Aber gemessen daran, daß Bremen seit Jahren das bevorzugte Zielgebiet der PDS-Strategie in Westdeutschland ist, und sie dort auch bei der Vorwahl bereits beträchtliche Mittel investiert hat, ist ihr Abschneiden bescheiden. Über die DKP-Ergebnisse der 70er Jahre (zwischen 2 - 3 Prozent) kommt sie offenbar nicht hinaus. Die PDS hatte überdurchschnittlich gute Ergebnisse in der Neustadt und in den Buntentor-, Ostertor-

und Steintorvierteln, wo sie Stimmen von den Grünen gewann.

8. Die DVU profitierte vor allem von der in Bremerhaven deutlich ausgeprägteren Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation, den höheren Arbeitslosenanteilen und der in Bremerhaven negativeren Beurteilung der großen Koalition. Auch in Bremen-Nord/Farge schnitt sie überdurchschnittlich gut ab. Zugute kam ihr die Wahlabsprache mit den REP, die nicht antrat, um wechselseitige Konkurrenz zu vermeiden.

9. Das Bremer Wahlergebnis zeigt, ähnlich wie in Hessen, einen neuen Trend der Rekonzentration der Wähler auf die Volksparteien, während die etablierten Klein-Parteien Grüne und FDP Verluste verbuchen. Beide Volksparteien vereinigen 1999 wieder rund 80 Prozent der Stimmen auf sich, nachdem ihr gemeinsamer Anteil seit Mitte der 80er Jahre fortlaufend zurückging und 1995 nur 66 Prozent betrug. ■

Bonn, 7. Juni 1999

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1999 am 6. Juni 1999

– Vorläufiges amtliches Endergebnis –

	<u>Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1999</u>		<u>Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1995</u>		Differenz
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	488.875		507.084		
Wahlbeteiligung	294.042	60,1	348.030	68,6	-8,5
gültige Stimmen	291.254		344.440		
SPD	123.926	42,5	115.001	33,4	+9,1
CDU	108.035	37,1	112.301	32,6	+4,5
Bündnis 90/Die Grünen	26.087	9,0	44.977	13,1	-4,1
DVU	8.806	3,0	8.503	2,5	+0,5
PDS	8.419	2,9	8.174	2,4	+0,5
FDP	7.345	2,5	11.607	3,4	-0,9
AFB	7.111	2,4	36.735	10,7	-8,3
NPD	815	0,3	324	0,1	+0,2
NATURGESETZ Partei	710	0,2	501	0,1	+0,1
Sonstige		0,0	6.317	1,8	-1,8

Mandatsverteilung

	<u>Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1999</u>	<u>Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1995</u>	Differenz
SPD	47	37	+10
CDU	42	37	+5
Bündnis 90/Die Grünen	10	14	-4
DVU	1 ¹⁾		+1
AFB		12	-12
Summe	100	100	0

1) Die Sperrklausel (min. 5% der gültigen Stimmen) wird getrennt für die Städte Bremen und Bremerhaven angewendet. Die DVU hat in der Stadt Bremerhaven 6% erreicht und erhält somit ein Mandat.

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1999 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1999		Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1995		Differenz	Bundestagswahl 1998 (Zweitstimmen)		Europawahl 1994	
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	488.875		507.084			494.809		511.455	
Wahlbeteiligung	294.042	60,1	348.030	68,6	-8,5	406.054	82,1	269.668	52,7
gültige Stimmen	291.254		344.440			401.501		266.479	

SPD	123.926	42,5	115.001	33,4	+9,1	201.539	50,2	108.511	40,7
CDU	108.035	37,1	112.301	32,6	+4,5	102.115	25,4	74.523	28,0
Grüne	26.087	9,0	44.977	13,1	-4,1	45.303	11,3	42.766	16,0
DVU	8.806	3,0	8.503	2,5	+0,5	6.667	1,7		
PDS	8.419	2,9	8.174	2,4	+0,5	9.815	2,4	5.519	2,1
FDP	7.345	2,5	11.607	3,4	-0,9	23.809	5,9	12.158	4,6
AFB	7.111	2,4	36.735	10,7	-8,3				
NPD	815	0,3	324	0,1	+0,2	1.134	0,3	722	0,3
Natur	710	0,2	501	0,1	+0,1	734	0,2	944	0,4
Sonstige		0,0	6.317	1,8	-1,8	10.385	2,6	21.336	8,0

Die Abkürzungen bedeuten:

AFB Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V.
 CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands
 DVU DEUTSCHE VOLKSUNION
 FDP Freie Demokratische Partei
 Grüne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Natur DIE NATURGESETZ PARTEI,
 AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
 NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
 SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

EU-Gipfel mit Licht und Schatten

Zur jüngsten Entwicklung im Kosovo-Konflikt und zu den Ergebnissen des EU-Gipfels in Köln erklärten der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Zustimmung der serbischen Führung zu dem von den Vermittlern Ahtisaari und Tschernomyrdin vorgelegten Friedensplan. Dieser Erfolg konnte nur erreicht werden, weil die Nato keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit zugelassen hat, den militärischen Druck auf Milosevic aufrechtzuerhalten. Die CDU/CSU hat von Anfang an die Linie für richtig gehalten, daß nur dieser militärische Druck bei gleichzeitigen diplomatischen Bemühungen unter Einschluß Rußlands und der Vereinten Nationen eine politische Lösung herbeiführen kann. In diesem Sinne haben wir auch die Haltung der Bundesregierung unterstützt. Die Hoffnung auf ein friedliches Ende des Kosovo-Konflikts wird aber erst dann Gewißheit werden können, wenn Milosevic den Worten, die er unterschrieben hat, auch die konkreten Taten folgen läßt. Das wichtigste ist, daß die Flüchtlinge und Vertriebenen rasch zurückkehren können, und zwar noch vor dem Einbruch des Winters. Das ist die Nagelprobe auf Wert und Wirkung des Friedensplans. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, zusammen mit den Nato-Partnern nach den vielen negativen Erfahrungen mit Milosevic kritische Wachsamkeit zu üben und nicht in eine Vertrauensseligkeit zu verfallen, die rasch wieder enttäuscht werden könnte. Eine dauerhafte Friedenslösung auf dem Balkan wird von Europa noch erhebliche Anstrengungen verlangen. Vorrangig muß die EU für den Kosovo einen Wiederaufbauplan entwickeln, der die

rasche Rückkehr der Flüchtlinge ermöglicht und eine wirtschaftliche Gesundung der Region einleitet. Das Scheitern des Berliner EU-Gipfels in der Frage der Finanzreform wird dabei eine schwere Hypothek sein, wenn die notwendigen Mittel für den Wiederaufbau bereitgestellt werden müssen.

2. Es ist zu begrüßen, daß die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union konkrete Vereinbarungen für die Weiterentwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik getroffen haben. Insbesondere die Ernennung des derzeitigen Nato-Generalsekretärs Javier Solana zum künftigen Hohen Beauftragten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp) sowie die beschlossene Integration der WEU als militärische Organisation der EU, stellen eine gute Grundlage dafür dar, daß Europa in Zukunft mit einer Stimme spricht und aus eigener außen- und sicherheitspolitischer Kraft und Verantwortung für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent sorgen kann.

3. Die übrigen Ergebnisse des EU-Gipfels sind demgegenüber mager. Wiederum haben es die EU-Staaten verfehlt, den beitragswilligen Staaten in Mittel- und Osteuropa eine klare, verlässliche und vor allem rasche Beitrittsperspektive zu geben. Die Lehren aus den Konflikten auf dem Balkan, nämlich alles für eine Stabilisierung der mittel- und osteuropäischen Staaten zu tun, werden nicht gezogen. Bundeskanzler Schröder hätte es als Ratspräsident in der Hand gehabt, gerade in dieser Frage, die für Deutschland von besonderem Interesse ist, für mehr Nachdruck und Klarheit zu sorgen. Die allmähliche Erosion der Vertrauensbasis mit den beitragswilligen Ländern geht maßgeblich auf die unentschlossene und desinteres-

Mogelpackung von Rot-Grün

Zum Europäischen Beschäftigungspakt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Große Worte und nichts dahinter: Mit Hinweisen auf einen Europäischen Beschäftigungspakt versucht die Bundesregierung, ihr eigenes Versagen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu verschleiern. Nichts hat sie bisher zustande bekommen, und nicht einmal im Ansatz ist zu erkennen, was in Deutschland zukünftig zu mehr Beschäftigung führen könnte. Im Gegenteil: Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und das Bündnis für Arbeit droht zum Symbol für die Hilflosigkeit dieser Regierung zu werden.

Ein Europäischer Beschäftigungspakt soll es nun richten. Statt aber die Gespräche zu nutzen, um die nationalen Arbeitsmärkte auf den wachsenden

Anpassungsdruck vorzubereiten und einen Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte in Europa für mehr Beschäftigung zu organisieren, sollen alle nationalen Herausforderungen mit einer Einheits-Sauce überzogen und mögliche Unterschiede durch eine auf Pump finanzierte Beschäftigungspolitik eingeebnet werden. Die Fehlleistungen der rot-grünen Koalition sind dann weniger zu erkennen, und die dringend notwendigen Strukturformen bei Steuern und sozialen Sicherungssystemen können getrost auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

Der Europäische Beschäftigungspakt ist der Versuch, untaugliche Rezepte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verantwortung für mehr Beschäftigung auf die europäische Ebene zu übertragen.

sierte Haltung der deutschen Präsidentschaft zurück.

4. Der in Köln beschlossene Beschäftigungspakt ist nichts anderes als eine Ansammlung unverbindlicher Absichtserklärungen. Gemessen an den vollmundigen Ankündigungen von Bundeskanzler Schröder ist nichts herausgekommen, was den Abbau der Arbeitslosigkeit voranbringen könnte. Statt wolkige Beschlüsse zuzulassen hätte Schröder die EU-Partner drängen müssen, endlich überfällige Strukturformen durchzuführen, die den Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellen. Aber wer wie Schröder im eigenen Land seine Hausaufgaben nicht macht, kann auch andere nicht überzeugen. Nicht einmal die Umsetzung der bereits vor zwei Jahren in Luxemburg

beschlossenen Leitlinien zur Beschäftigungspolitik ist in Köln vorangekommen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit hat der EU-Gipfel nichts beigetragen.

5. Die anhaltende Schwäche des Euro spiegelt die Einschätzung der Finanzmärkte. Sie lassen sich nicht von markigen Erklärungen oder wohlformulierten Papieren blenden, sondern urteilen nüchtern nach der tatsächlichen Politik. Die Regierung Schröder trägt mit ihrer chaotischen, investitions- und wachstumsfeindlichen Politik die Hauptverantwortung dafür, daß das Vertrauen in den Euro nachhaltig geschwächt worden ist. Der Kölner EU-Gipfel hat ausweislich der jüngsten Notierungen des Euro an den Devisenmärkten nichts dazu beigetragen, das Vertrauen in die europäische Währung zu stärken. ■

Vorrangiges Ziel: Eine stärkere demokratische Legitimation

Der Vorsitzende der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACD.J), Prof. Dr. Carl Otto Lenz (Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof a.D.), hat Thesen für eine institutionelle Reform der Europäischen Union vorgelegt:

Der erfolgreiche Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit den derzeit 6 Verhandlungspartnern bei Beibehaltung der bisherigen Strukturen würde u.a. bedeuten

- eine Kommission mit 27 Mitgliedern;
- ein Rat, bestehend aus den Vertretern von 6 großen und 15 kleinen Mitgliedstaaten;
- Beibehaltung struktureller Schwächen in der Stellung des Europäischen Parlaments;
- die Notwendigkeit der Ratifizierung von weiteren Beitritten durch die Parlamente von 21 Staaten.

● Zur Kommission

Die Verträge weisen der Kommission eine überragende Rolle als Exekutive und Kontrollinstanz, aber auch als Initiatorin der Gesetzgebung zu. Diese sollte erhalten bleiben. Die Kommission kann mit Hilfe des Fachverständes ihrer Dienststellen die Ausgangslage in allen Mitgliedsstaaten am besten überblicken und läßt sich bei ihren Entschlüssen wegen ihrer vertraglich verbrieften Unabhängigkeit vom allgemeinen Wohl der Gemeinschaft leiten. Eine Obergrenze für die Zahl der Kommissionsmitglieder empfiehlt sich derzeit nicht.

Die Befugnisse des Präsidenten, die Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit der

Kommission zu gewährleisten, müssen gestärkt werden. Dieser Weg ist schon im Vertrag von Maastricht beschritten und im Vertrag von Amsterdam fortgesetzt worden. Er sollte weiter gegangen werden.

Der Präsident sollte deshalb tatsächlich und rechtlich über folgende Kompetenzen verfügen:

- Beteiligung bei der Benennung der Kommission;
- Zuständigkeit für die Verteilung der Aufgaben unter den Kommissionsmitgliedern und die Organisation der Dienststellen einschließlich der Befugnis, einem Mitglied der Kommission die ihm übertragenen Aufgaben wieder zu entziehen;
- Vorschlagsrecht für die Ernennung der Beamten im Range von Generaldirektoren und Direktoren, um eine qualifizierte Besetzung dieser Ämter zu gewährleisten.

Diese weitgehenden Befugnisse erfordern eine stärkere demokratische Legitimation. Deswegen sollte der Präsident vom Parlament gewählt und anschließend vom Europäischen Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder bestätigt werden.

● Zum Rat

In Zukunft sollte für einen Gesetzesbeschluß eine Mehrheit der Mitglieder des Parlaments und eine Mehrheit der Mitglieder des Rates, die die Mehrheit der Unionsbürger repräsentiert, ausreichen, um einem Vorschlag der Kommission zur Annahme zu verhelfen. Für die Annahme eines Gesetzesvorschlages, der nicht die Zustimmung der Kommission gefunden hat, sollte eine qualifizierte Mehrheit des Rates erforderlich sein.

Der Themenschwerpunkt ist die Revitalisierung der Innenstädte

Der Bundesfachausschuß Strukturpolitik der CDU hat in seiner konstituierenden Sitzung am 1. Juni **Christa Thoben**, Präsidiumsmitglied der CDU Deutschlands und Staatssekretärin a.D. im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Zu ihren Stellvertreterinnen bestimmen die Mitglieder des Bundesfachausschusses **Brita Schmitz-Hübsch**, schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete, und **Bärbel Kleedehn** MdL, Landesministerin a.D. aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Revitalisierung der Innenstädte wird ein vordringlicher Themenschwerpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Strukturpolitik sein. Dabei geht es um die konkrete Ausgestaltung des Wandels der Siedlungsstrukturen. Davon betroffen sind nicht nur Fragen der Wohnungsbau- und Verkehrspolitik. Eng ver-

knüpft damit sind auch Fragen moderner Datenkommunikation – insbesondere angesichts der raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Denn mit dem Umbruch vom Industrie- zum Informationszeitalter verändert sich auch die uns bisher bekannte Organisation von Arbeit, Wohnen und Verkehr.

Miteinander verknüpft

Der Bundesfachausschuß Strukturpolitik versteht sich daher als ein Gremium, das die verschiedenen Politikfelder – Verkehr, Wohnungsbau und Telekommunikation – miteinander verknüpft.

Weiterhin hat der Bundesfachausschuß Strukturpolitik in seinem Arbeitsprogramm die Themen Planungswertausgleich und Bundesverkehrswegeplan als vordringlich festgelegt.

● Zum Parlament

● Das Europäische Parlament muß nach einem Verfahren gewählt werden, das die Persönlichkeitskomponente stärker als bisher betont; eine entsprechende Reform des Wahlrechts ist überfällig. Ferner ist eine größere Stimmrechtsgleichheit anzustreben.

● Das Europäische Parlament muß auch gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten über die erforderlichen Befugnisse verfügen, um seine Kontrollaufgabe bezüglich der Verwendung von Gemeinschaftsmitteln und der Durchführung von Gemeinschaftsrecht erfüllen zu können.

● Außerdem sollten Vertragsänderungen nur mit der Zustimmung des Parlaments möglich sein.

● Zum Beitritt neuer Mitglieder

Heute kann jeder Mitgliedsstaat durch sein Veto die Aufnahme eines weiteren Mitgliedsstaates verhindern und damit allen anderen seinen Willen aufzwingen. Ein Beitritt muß möglich werden mit einer Mehrheit der Mitgliedstaaten, die im Rat über eine qualifizierte Mehrheit verfügen und die Mehrheit der Unionsbürger vertreten.

Große Täuschung wird vorbereitet

Zur Zwischenbilanz der „Sparbemühungen“ des neuen Bundesfinanzministers erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Nach allem, was bisher zu erfahren ist, wird mit dem Super-Spar-Programm von Bundesfinanzminister Hans Eichel eine große Täuschung vorbereitet. Offensichtlich fehlt die Bereitschaft, in entsprechender Höhe wirksame Einsparungen beim Konsum unter Aufrechterhaltung der Investitionen vorzunehmen. Deshalb ist es auch abwegig, von einem Spar-Kraftakt, wie es ihn in Deutschland nach dem Krieg noch nicht gegeben hat, zu reden.

Die frühere Bundesregierung hat in der Zeit von 1991 bis 1997 rd. 125 Mrd DM im Haushalt eingespart. Dies drückt sich dadurch aus, daß der Haushalt in den letzten fünf Jahren praktisch konstant geblieben ist. Besonders hoch waren die Einsparungen dabei im Jahre 1997, als 22 Mrd DM gekürzt wurden. Und dies ging nicht schwerpunktmäßig zu Lasten der Investitionen.

In den letzten Jahren wären auch höhere Sparpotentiale zu realisieren gewesen, wenn nicht immer wieder aus ideologischen Gründen die Mehrheit der SPD im Bundesrat konsequente Entscheidungen verhindert hätte. Eine Abkehr von dieser bisherigen Verweigerungspolitik im Bundesrat würde eine totale Kehrtwende bedeuten.

Davon kann bisher keine Rede sein: Der Bundesverteidigungsminister hat keine Sparvorschläge gemacht. Bundesbildungsministerin, Bundeslandwirtschaftsminister und Bundesaußenminister haben nur Bruchteile von dem angeboten, was von ihnen gefordert wurde. Dabei muß festgestellt werden, daß jede Kürzung im For-

schungsetat ein Bruch des Wahlversprechens darstellt, die Investitionsausgaben innerhalb von fünf Jahren zu verdoppeln. Mit der vorgesehenen Kürzung liegen die Forschungsausgaben im kommenden Jahr unter denen der alten Bundesregierung im Jahre 1998.

Der Bundesaußenminister beschränkt die 7,4 %ige Kürzung auf die disponiblen Mittel, also die Mittel für humanitäre Hilfe, Kultur im Ausland und Abrüstung. Er erbringt damit gut 60 Mio DM statt der geforderten 270 Mio DM.

Im Bundeslandwirtschaftsministerium legt man den Haushalt des Jahres 2000 zugrunde. Dadurch ergeben sich Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung von Agrarstruktur und Küstenschutz, die bereits im Haushalt 1999 vollzogen wurden.

Die Kürzungen im Verkehrsetat schneiden brutal in die Investitionen. Eine Verteilung auf alle Abteilungen des Hauses bedeutet beispielsweise eine Kürzung für den Straßenbau, die dem Gesamt-Jahres-Volumen des Landes Niedersachsen entspricht. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, insbesondere im Tiefbau, Ingenieurbüro und die Infrastruktur des Landes dürften auf der Hand liegen.

Bei der Bundesanstalt für Arbeit soll offensichtlich neben einer Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe vor allem daran gedacht werden, die Kürzungen durch Luftbuchungen zu erbringen. Der angemeldete Zuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit beläuft sich auf 11 Mrd DM. Dabei hatte bereits Finanzminister Waigel in seiner Prognose für das Jahr 2000 einen Zuschuß von 5 Mrd DM für ausreichend erklärt. Scheinbare Einsparung also 6 Mrd DM.

Den selbst gewählten Anspruch hat der Minister nicht erfüllt

Zum Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Das Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche wird den selbst gesteckten Ansprüchen von Bundesarbeitsminister Walter Riester nicht gerecht. Mit Trainings- und Motivationskursen alleine wird man den harten Kern der arbeitslosen Jugendlichen nicht auflösen können. Zudem werden die von ihm immer wieder herausgestellten benachteiligten Jugendlichen überhaupt nicht erreicht. Die Zahlen nach knapp vier Monaten sprechen für sich.

● Lediglich 600 Jugendliche haben mit Hilfe des Programms eine betriebliche Ausbildung begonnen. Dagegen sind knapp 26.300 (22,4%) in außerbetriebliche Ausbildung vermittelt worden, deren Qualität sich erst noch erweisen muß. Und 46.000 (39,5%) Jugendliche müssen sich mit kurzzei-

tigen Trainingsmaßnahmen von zweifelhafter Qualität begnügen.

● Statt sich auf besonders benachteiligte Jugendliche zu konzentrieren, profitieren überwiegend Jugendliche mit einem Schulabschluß von dem Programm: Immerhin 45,0% der Jugendlichen können einen Hauptschulabschluß und 39,9% sogar einen mittleren bzw. höheren Schulabschluß vorweisen. Der Anteil der benachteiligten Jugendlichen, die an dem Programm teilnehmen, beträgt dagegen lediglich 16,8%.

● Lediglich ein Drittel der angesprochenen Jugendlichen (36,8 %), hat ein entsprechendes Angebot des Arbeitssamtes angenommen. Das zeigt: Die Maßnahmen sind mit heißer Nadel gestrickt und können den Jugendlichen entweder keine hinreichenden beruflichen Perspektiven bieten oder stoßen auf Desinteresse.

Mit Geld alleine wird Walter Riester die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht in den Griff bekommen.

Gleiches wird bei der Arbeitslosenhilfe geschehen: Statt der notwendigen 30 Mrd DM sollen nur 28 Mrd DM angesetzt werden. Scheinbare Einsparung: 2 Mrd DM.

Hier wird die Ersparnis dadurch ermöglicht, daß die Wirklichkeit ausgeblendet wird. Etatansätze werden zu niedrig einkalkuliert. Die Wahrheit stellt sich Ende 2000 raus.

Sollten darüber hinaus Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld und anderen Lohnersatzleistungen erfolgen, reißt dies Löcher in die Rentenkasse.

Ohne eine totale Kehrtwende der bisherigen Haushaltspolitik wird es nicht gehen. Im Haushalt 1999, der schon unter der Verantwortung von Bundesfinanzminister Eichel beschlossen wurde, wurde die Investitionsquote von 12,5 vH 1998 auf das Rekordtief von 12,0 vH 1999 abgesenkt. Der Konsum wurde u.a. durch gewaltig höhere Rentenzuschüsse um rd. 30 Mrd DM gesteigert.

Die einfachste Lösung, zu einem akzeptablen Sparergebnis zu kommen, bestünde darin, die Fehler des Jahres 1999 rückgängig zu machen. ■

Die Rentner sind die Opfer der rot-grünen Steuerpläne

Zum Plan von Bundesarbeitsminister Riester für eine Modifizierung der Renten Anpassung erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram:

Die Pläne von Bundesarbeitsminister Riester, die Renten Anpassung für die Jahre 2000 und 2001 zu halbieren, sind für die Rentnerinnen und Rentner ein Schlag ins Gesicht. Rente nicht auf der Grundlage der jahrelang gezahlten Beiträge, sondern lediglich nach aktueller Kassenlage, das ist der Offenbarungseid der Regierung Schröder. Das ist keine Sozialpolitik, das ist sozialpolitischer Kahlschlag und willkürliche Manipulation an der Rentenformel, um auf die Schnelle Haushaltslöcher zu stopfen. Wenn das „Modernität“ und „Erneuerung“ nach Blair-Schröder-Manier sein soll, dann kommen auf die Menschen schlechte Zeiten zu.

Zum Stopfen von Haushaltslöchern gedacht

Mit ihren Rentenplänen verunsichert die Bundesregierung Rentner und Beitragszahler. Es ist schließlich ihr Geld, das als Verschiebemaße gehandelt und zum Stopfen von Haushaltslöchern verwandt wird. Die Koalition ruiniert damit die Glaub-

würdigkeit des Rentenversicherungssystems und erreicht, daß die Flucht aus dem System beschleunigt wird. Das ist Sozialpolitik nicht nur ohne die Menschen, das ist Sozialpolitik gegen die Menschen.

Statt Wahlgeschenke zu verteilen: Rentenkonzept

Alle bisherigen Vorschläge der Bundesregierung zeigen, wie hilflos die Koalition ihrer eigenen Fehlentscheidung gegenübersteht, den „Demographiefaktor“ zu suspendieren. Es ist eine Unverfrorenheit, den Menschen im Wahlkampf vorzumachen, der von der alten Bundesregierung eingeführte „demographische Faktor“ sei ein Inbegriff der sozialen Kälte, und nach der Wahl die Rentner noch viel stärker belasten zu wollen.

Statt Wahlgeschenke zu verteilen, die jetzt wieder einkassiert werden müssen, hätte Herr Riester endlich ein tragfähiges Rentenkonzept vorlegen sollen. Wer die Renten Anpassungsformel verbiegt, wer wohlerworbene Anwartschaften kürzt, der gerät in die Nähe des Betrugers. Man enthält niemandem den Gegenwert seiner lebenslangen Sparleistungen vor. Das ist ein Akt der Willkür und den Denkkettel hierfür wird die Bundesregierung bei der Europawahl bekommen.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Rentenpolitik nach Kassenlage – Generationenvertrag nach SPD-Art

Zu den SPD-Vorschlägen, den Rentenanstieg in den Jahren 2000 und 2001 zu kappen, erklärten der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, und die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen:

Finanzminister Eichel und Arbeitsminister Riester sitzen in der Klemme: Nachdem die Bundesregierung zum Jahresanfang Wahlgeschenke aus dem Füllhorn verteilt hat, muß sie nun zusehen, wie sie das Geld wieder hereinholt. Dabei haben die SPD-Sparexperten eine Gruppe im Auge, die sich am wenigsten wehren kann: die Rentnerinnen und Rentner.

Ihre Renten sollen in den kommenden zwei Jahren gekappt werden, damit die Staatskasse wieder stimmt. Wenn gleichzeitig die Rentenbeitragsätze um einen halben Prozentpunkt gesenkt werden sol-

len, erhalten die Ruheständler mehr als 12 Mrd. DM jährlich weniger.

Das Tragische an dieser Vorgehensweise ist, daß sie vollkommen konzeptionslos, willkürlich und ausschließlich auf kurzfristige Wirkung zielend erfolgt. Weder Beitragszahler noch Rentner erhalten eine verlässliche Perspektive – so wie es das Rentenreformkonzept von CDU/CSU vorgesehen hätte. Die Zukunftsplanung von Beitragszahlern scheint vielmehr von momentanen Stimmungen bei Kabinettsitzungen abzuhängen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, weder die junge noch die ältere Generation zum Spielball der SPD-Finanz- und Sozialpolitik zu machen. Wir fordern die Bundesregierung auf, Finanz- und Sozialkonzepte zu entwickeln, deren Wirksamkeit über einen längeren Zeitraum als die jetzige 30-Tage-Verfallsbilanz gewährleistet ist.

„Aktion Mensch“ löst „Aktion Sorgenkind“ ab

Die „Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Sorgenkind e.V.“ wird ab März 2000 „Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V.“ heißen.

Wie der von Wohlfahrtsverbänden und dem ZDF getragene Verein in Bonn bekanntgab, hat die Mitgliederversammlung am 9. Juni in Mainz die Namensänderung beschlossen.

Dieser Schritt sei zukunftsweisend, erklärte der Vereinsvorsitzende, ZDF-Intendant Dieter Stolte. Die „Aktion

Sorgenkind“ fördere seit geraumer Zeit nicht nur Kindern, sondern alle Menschen mit Behinderungen. Der neue Name spiegele sowohl das größere Aufgabenspektrum des Vereins als auch „den gesellschaftlichen Perspektivwechsel im Umgang mit behinderten Menschen“ wider. „Wer nur die Behinderung sieht, sieht nicht den ganzen Menschen“, erklärte Stolte. Der Verein hat nach eigenen Angaben seit 1964 rund 2,7 Milliarden Mark für die Behindertenhilfe in Deutschland bereitgestellt.

Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes wäre das Aus für viele deutsche Baufacharbeiter

Zu den Plänen über eine Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Peter Rau:

Das IG Bau-Chef Klaus Wiesehegel als Mitglied einer Regierungsfraktion während der Tarifverhandlungen ein Drohpotential aufbaut, zeigt wie wenig ernst er die Tarifautonomie nimmt. Indem er eine gesetzliche Regelung für den Fall ankündigt, daß es zu keiner tarifvertraglichen Einigung über die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes kommt, verstößt er gegen das ungeschriebene Gesetz, daß die Politik sich nicht in die Tarifverhandlungen einmischet. Damit hat er sich als Tarifpartner disqualifiziert!

Wiesehegel und die Bundesregierung sollten ihre Pläne für die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes im Baugewerbe endgültig begraben. Die

im Jahr 1997 gelungene Einigung der Tarifpartner in der Bauwirtschaft war ein voller Erfolg. Die hier vereinbarte Einführung von Arbeitszeitkonten, in Verbindung mit den Regelungen zur Lohnfortzahlung, haben nicht nur zu einer Senkung der Lohnzusatzkosten im Baugewerbe von durchschnittlich 18 Prozent geführt, sondern auch eine ganzjährige Beschäftigung am Bau und damit ein ganzjähriges Einkommen für die Arbeitnehmer von 80 Prozent der mittelständischen Betriebe gesichert, die diese Arbeitszeitkonten eingeführt haben.

Die Wiedereinführung des alten Schlechtwettergeldes würde diese Erfolge zu nichte machen. Die Lohnzusatzkosten würden sofort wieder drastisch erhöht und somit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Bauwirtschaft gefährdet. Sie wäre der Todesstoß für die deutsche Bauwirtschaft und das Ende der Beschäftigung vieler deutscher Baufacharbeiter. ■

Gebäudereiniger: „Uns laufen die Leute weg“

Die Gebäudereiniger haben nach der Neuregelung der 630-Mark-Jobs mit erheblichem Personalmangel und steigenden Kosten zu kämpfen.

Der Bundesinnungsverband der Gebäudereiniger schätzt, daß seit Anfang April bundesweit rund 90.000 Putzkräfte gekündigt haben. „Uns laufen die Leute weg, vor allem im Bereich der Nebenarbeitsverhältnisse“, sagte

Geschäftsführer Johannes Bungart. Weitere 50.000 Jobs seien gefährdet.

Die Neuregelung verursachte bis zu 25 Prozent höhere Kosten für die Arbeitgeber, sagte der Spirecher der Berliner Innung, Ortwin Semmerow. Für Betriebe mit einem hohem Anteil an geringfügig Beschäftigten könnte die Neuregelung existenzbedrohend sein. Bundesweit arbeiteten 705.000 Frauen und Männer als Gebäudereiniger.

Ein ernst zu nehmendes Votum gegen den Planungswertausgleich

Zu dem vom Deutschen Verband für Wohnungswesen an die Bundesregierung übergebenen Kommissions-Bericht „Verbesserung des Baulandangebotes“ erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy:

Der Bericht der unabhängigen Sachverständigenkommission, in der auch Fraktionen des Bundestages beobachtend vertreten waren, bietet einen fundierten, die kommunalen Belange besonders berücksichtigenden, aber auch erfreulicherweise unverkrampften, will heißen: ideologieunbelasteten, Einstieg in die Diskussion über Instrumente zur Verbesserung des Baulandangebotes.

Der Bericht attestiert zunächst der vom damaligen Bauminister Töpfer und der CDU/CSU - FDP-Koalition in Gang gebrachten Reform des Baurechts (Anfang 1998 in Kraft getreten), mit den neuen Instrumenten der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen, des Vorhabens- und Erschließungsplans und der städtebaulichen Verträge den richtigen Weg eingeschlagen zu haben; diese Instrumente sind auch aus meiner Sicht geeignet für eine noch intensivere Nutzung durch die Kommunen.

Folgerichtig rät der Baulandbericht eindringlich von der Einführung eines Planungswertausgleichs ab. Es wäre sicherlich zu wünschen, wenn damit eine Jahrzehnte lange Diskussion über ein von Anfang an umstrittenes Modell zur Abschöpfung planungsbedingter Bodenwertsteigerungen beendet werden könnte – nachdem selbst die kommunalen Praktiker und vermeintlichen Nutznießer dieser neuen „Vermögensabgabe“ ganz überwiegend abwinken.

Ich befürchte jedoch, daß diese Hoffnung trügen könnte. Der das Wohnungs- und

Städtebauwesen mit verwaltende Verkehrsminister hat bereits wiederholt seine persönlichen Sympathien für den Planungswertausgleich begründet, die SPD-Wohnungspolitiker halten seit dem Frühjahr an einem Beschluß fest, den Planungswertausgleich „auch dann in die Diskussion einzubeziehen“, wenn diese Kommission davon abraten sollte. Die Grünen bleiben sowohl im Lande – ihre Bauminister in NRW und Schleswig-Holstein hatten entsprechende Gesetzesinitiativen zuletzt zum BauROG 98 gestartet – als auch im Bundestag unbelehrbar.

Die Kommissions-Ratschläge, die Grunderwerbsteuer wieder auf das alte Niveau (von 2%) abzusenken und die Spekulationsfrist-Verlängerung für Grundstücks-Veräußerungsgewinne von Anfang des Jahres zurückzunehmen, stellen wohl nicht mehr dar als gut gemeinte Appelle in einer Landschaft, die neue Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen notwendig macht.

Der Kommissions-Bericht widmet der Ablösung der heutigen Grundsteuer und Einheitsbewertung besondere Aufmerksamkeit. Die Reformbedürftigkeit wird von niemandem angezweifelt, auch der Ratschlag, zu einer reinen Besteuerung des Bodenwerts überzugehen, schließt sich an bekannte Empfehlungen an, so der Volksheimstätten-Fachkommission vom letzten Jahr. Meines Erachtens läßt der Bericht der Kommission des Deutschen Verbandes selber durchblicken, daß die Wirkungen einer völligen Freistellung der Gebäude von der Besteuerung nur schwach zu Gunsten eines vermehrten und preisgünstigen Angebots an Bauland ausfallen könnten.

Schwache Wirtschaftsentwicklung spiegelt politische Schwäche

Zu den neuesten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im 1. Vierteljahr erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Vierteljahr 1999 ist mit 0,7 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem ersten Vierteljahr 1998 enttäuschend. Der deutliche konjunkturelle Einbruch ist ein Spiegel politischer Schwäche in Deutschland!

Bisher gibt es keine Anzeichen auf eine grundlegende wirtschaftliche Erholung. Im Gegenteil, angesichts fehlender positiver wirtschafts- und finanzpolitischer Signale korrigieren nationale und internationale Wirtschaftsexperten ihre Prognosen für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland fortlaufend nach unten. So geht das Kieler Institut für Weltwirtschaft nach 1,6 Prozent jetzt nur noch von 1,2 Prozent Wachstum in diesem Jahr aus.

Seit Amtsübernahme der rot-grünen Bundesregierung ist Deutschland auf den letzten Platz neben Italien verwiesen worden. Investoren und Bürger sind zunehmend verunsichert und reagieren zurückhaltend.

Dies ist zum einen das Ergebnis einer konzeptionslosen, von Aktionismus und Ideologie statt von ökonomischem Sachverstand geleiteten Politik der rot-grünen Bundesregierung. Es ist zum anderen ein mehr als deutliches Signal an die Bundesregierung, endlich mit Mut und Gestaltungswillen verlässliche Reformschritte umzusetzen.

Es führt kein Weg daran vorbei: Deutschland muß – wie andere europäische Volkswirtschaften es uns vorgemacht haben – seine Hausaufgaben selbst machen. Der Spielraum der Geldpolitik ist spätestens seit dem letzten Zinssenkungsschritt der Europäischen Zentralbank im April dieses Jahres voll ausgeschöpft. Eine Entschuldigung für ausbleibende Strukturreformen gibt es danach nicht mehr. ■

Scheinerfolge auf dem Arbeitsmarkt

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen auf unter 4 Millionen ist ausschließlich auf saisonale Schwankungen zurückzuführen und damit leider nur ein Scheinerfolg. Wer jetzt den Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter 4 Millionen bejubelt, verkennt, daß

- die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt um 11.000 gestiegen ist,

- der Rückgang im selben Zeitraum des letzten Jahres mit 223.000 deutlich höher ausgefallen ist,
- mit dem wirtschafts- und sozialpolitischen Schlingerkurs der Bundesregierung bislang noch kein Arbeitsplatz geschaffen wurde,
- die Gespräche um ein Bündnis für Arbeit auf der Stelle treten.

Die Bundesregierung hat damit noch keinen Beitrag für mehr Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Geboten werden in dem zwischen Magdeburg und Berlin liegenden Haus u.a. Foren, Symposien, Fachtagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen, Konzerte und Autorenlesungen.

Eine der nächsten Veranstaltungen, zu der Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet werden, sie ist Teil der neuen Reihe „Gesellschaftspolitisches Symposium“:

Veranstaltung Nr. W 107

Brennpunkt Gesundheitswesen – Das deutsche Gesundheitswesen nach dem Regierungswechsel

Fachtagung für Angehörige medizinischer Dienste, von Krankenkassen, des Gesundheitswesens und politisch Interessierte

25.-26. Juni 1999

Einige der Hauptthemen:

- Kurswechsel in der Gesundheitspolitik – Fortschritt oder Rückschritt?
- Ethische Aspekte der Humangenetik – Gesundheitspolitischer Handlungsbedarf?
- Muß das Gesundheitswesen teuer sein? – Das deutsche Gesundheitswesen auf dem Prüfstand
- Medizinischer Fortschritt und dessen Probleme für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)
- Qualität und Wirtschaftlichkeit in der medizinischen Versorgung – Ein Widerspruch?

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Wendgräben
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Fax Nr. 03 92 45/9 52-206

Werbung in Zeitschriften wirksamer als im TV

Die Werbung in Zeitschriften ist gemessen an ihren Kosten dreimal so wirksam wie im Fernsehen. Dies hat eine neue Studie aus den USA ergeben, für die 500.000 Konsumenten befragt wurden.

Die Studie wurde im Auftrag der amerikanischen Zeitschriftenverleger erstellt und am 26. Mai beim 32. FIPP-Weltkongreß der internationalen Zeitschriftenverleger in Hamburg vorgestellt. Für die Studie wurde die Wirkung von 113 Produkten untersucht.

Dabei stellten die Forscher fest, daß sich der Bekanntheitsgrad der Marken durch Werbung im Media-Mix (TV und Printmedien) gerade durch Anzeigen in Zeitschriften nochmal steigern ließ. „Gemessen an den Ausgaben, Dollar für Dollar, waren die Zeitschriften dreimal so wirksam wie das TV“, sagte Christine Miller von den US-Zeitschriftenverlegern. Die Höhe des Werbeetats spiele dabei keine Rolle – das Verhältnis gelte für große und kleine Budgets.

Sommerplakat

Schöne Ferien!

Bestellschein

IS-Versandzentrum

Frau Raabe

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Online: www.cdu.de/infonet
Webstore

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Ja,

ich bestelle dieses Plakat:



ausnahmsweise
MAL WAS SCHÖNES
IN ROT-GRÜN.

CDU

Wir wünschen schöne Ferien!

Dieses Motiv gibt es auch als Wandzeitung und als Postkarte

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

..... Expl. **Plakat DIN A1**
Bestell-Nr.: 7615
Preis: 30,- DM/50 Stück

..... Expl. **Plakat DIN A0**
Bestell-Nr.: 7616
Preis: 60,- DM/50 Stück

..... Expl. **Postkarte**
Bestell-Nr.: 9618
Preis: 35,- DM/250 Stück
zzgl. MwSt. und Versand

Datum

Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



**ausnahmsweise MAL WAS SCHÖNES
IN ROT-GRÜN.**



CDU

Wir wünschen schöne Ferien!

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle. Dieses Poster gibt es auch als Postkarte.

UiD

19/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.